



Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

1. Stadtratsprotokoll / 1^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 21. Januar 2016, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 21 janvier 2016 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Bösch Andreas, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Dillier Adrian, Diop Mamadou, Donzé Pantazis Chantal, Fischer Pascal, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Güntensperger Nathan, Gurtner-Oesch Sandra, Habegger Markus, Hadorn Werner, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Jean-Quartier Caroline, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Löffel Christian, Molina Franziska, Morandi Marcel, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pichard Alain, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Ritter Jeremias, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Thomke Friedrich, Trachsel Alessandro, Wendling Cécile, Wiederkehr Martin, Wiher Max

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Gugger Sandra, Kugathas Sakitha, Pauli Mélanie, Strobel Salome

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Hadorn Werner, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées	Seite / Page
1. Genehmigung der Traktandenliste	3
2. Mitteilungen Stadtratsbüro	3
• Abrechnung in der Kompetenz der GPK	3
3. Fraktionserklärung	4
4. Ersatzwahl eines Mitgliedes in die interkommunale Kommission AGGLOlac	4
5. 20140252 Einbau Tagesschule und Kindergarten Sahligut / Verpflichtungskredit	5
6. 20140122 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich "Steinbruch Vorberg" / Botschaft.....	11
7. 20110067 Neugestaltung Neumarkt- und Walkeplatz / Strassenbauliche Sanierung Neumarkt- und Reitschulstrasse / Botschaft an die Stimmberechtigten nach zustande gekommenem fakultativem Referendum ...	13
• Ordnungsantrag.....	18
8. 20150330 Gurzelen / Anpassung der Planungsgrundlagen, Zurverfügungstellung von Land und Realisierung der dazugehörigen öffentlichen Infrastrukturen.....	22
9. 20150334 Bermenstrasse (Blumenrain-Beundenweg) / Kanalisationserneuerung.....	39
10. Neueingänge.....	41

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich begrüße Sie zur ersten Sitzung in diesem Jahr. Speziell begrüße ich Michelle Beriger als neues Mitglied im Stadtrat und heisse auch sie herzlich willkommen.

1. Genehmigung der Traktandenliste

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Frau Frank kommt später und wünscht, dass die Motion 20150182, «Schaffung des Antragsrechts für Ausländerinnen und Ausländer» erst behandelt wird, wenn sie da ist. Ich denke jedoch, dass dieses Traktandum sowieso erst spät behandelt wird. Falls nötig, kann es auch ad hoc verschoben werden.

Die Traktandenliste wird nach dieser Bemerkung stillschweigend genehmigt.

2. Mitteilungen Stadtratsbüro

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Auf Ihren Tischen liegen folgende Unterlagen auf:

- Änderungsantrag GLP, Passerelle, SP und Grüne zur Botschaft «Neugestaltung Neumarkt- und Walkeplatz» (hellgrün)
- Änderungsantrag Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP zur Botschaft «Neugestaltung Neumarkt- und Walkeplatz» (dunkelgrün)
- Änderungsantrag GLP zum Geschäft 20150330 «Gurzelen – Anpassung der Planungsgrundlagen, Zurverfügungstellung von Land und Realisierung der dazugehörigen öffentlichen Infrastrukturen»
- Einladung zu einem ungewöhnlichen Essen in Memoriam Hervé Treu – Samstag 13.02.2016, 12 Uhr, Gassenküche

Auf dem Tisch des Weibels liegt folgende Unterlage auf:

- Parlament Dezember 2015, Nr. 3, Mitteilungsblatt der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen

Abrechnung in der Kompetenz der GPK

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 14. Januar 2016 die folgende Abrechnung der Direktion Soziales und Sicherheit in eigener Kompetenz und einstimmig genehmigt:

- 20120387, Vollständige Digitalisierung der Rotlicht- und Geschwindigkeitsüberwachung

3. Fraktionserklärung

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Der Stadtrat wird heute über die Abstimmungsbotschaft zur Neugestaltung des Neumarktplatzes sprechen. Gemäss Gemeinderat sind besonders die Parteien in der Pflicht, dem Volk die Abstimmungsgeschäfte näher zu bringen. Der Stadtrat muss sich mit der Volksabstimmung zum Neumarktplatz befassen, weil ein Referendumskomitee, dem auch einige Stadtratsmitglieder angehören, es für wichtig befand, dass sich das Volk zum Kredit von CHF 4,8 Mio. aussprechen könne. Inzwischen haben sich ein grosser Teil der Parteien und auch Mitglieder des Stadtrats in einem Pro Komitee zusammengefunden. Dem Anliegen, dass sich das Volk zur Neugestaltung des Neumarktplatzes äussern können soll, steht dieses Komitee offen gegenüber. Es geht ihm aber auch darum, dass die Stimmbevölkerung sich objektiv informieren und Fragen klären kann. Aus diesem Grund war für den 4. Februar 2016 ein kontradiktorisches Podium vorgesehen. Vertretungen der Befürwortenden und der Gegnerschaft hätten dort ihre Ansichten darlegen und sich den Fragen der Stimmbevölkerung stellen können.

Das Referendumskomitee hat der Anfrage um Diskussionsteilnahme eine Abfuhr erteilt. Seine Antwort, es wolle lieber an einer "Facts-um-5"-Sendung auf Telebielingue teilnehmen, zeigt zweierlei:

1. Das Referendumskomitee verfügt offenbar über die nötige Geld- und Medienmacht, um sich Sendezeit zu beschaffen.
2. Das Anliegen, dem Volk die Möglichkeit zur Mitsprache zu geben, ist offenbar nur ein Vorwand. Wenn es darauf ankommt, verweigern sich die Mitglieder des Referendumskomitees dem Gespräch.

Die direkte Demokratie mit der Möglichkeit, sich verbindlich in Abstimmungen und Referenden zu äussern, ist in unserem Land ein wichtiger Wert. Die diesbezüglichen Spielregeln einzuhalten, ist gerade für PolitikerInnen erste Pflicht. Wir von den Grünen wie auch die anderen Mitglieder des Komitees Pro Neumarkt bekunden äusserste Mühe mit dem geschilderten Vorgehen des Referendumskomitees. In unseren Augen hat es nicht nur schlechten Stil, sondern missachtet die demokratischen Spielregeln.

4. Ersatzwahl eines Mitgliedes in die interkommunale Kommission AGGLOlac

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Max Wiher wurde als Kandidat vorgeschlagen. Gibt es andere Kandidaturen? Das ist nicht der Fall.

Abstimmung

auf Vorschlag der Fraktion GLP ist gewählt:

Herr Max Wiher, GLP

Wiher Max, GLP: Ich nehme die Wahl an und danke für das Vertrauen. Wie vorbesprochen, werde ich mich sachdienlich und konstruktiv in dieser Kommission einbringen. Wie bisher mit Publilac, werde ich mich weiterhin für die Grünflächen und die Lebensqualität in dieser Stadt einsetzen.

5. 20140252 Einbau Tagesschule und Kindergarten Sahligut / Verpflichtungskredit

Gurtner-Oesch Sandra, GPK: 2009 wurde der Zustand der 1969 erstellten Schulanlage analysiert. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden kaum Renovationen getätigt. Der Gemeinderat stellte damals fest, dass die Gesamtsanierung um weitere 10 bis 15 Jahre hinausgeschoben werden kann, sofern kurz- und mittelfristig bauliche Massnahmen vor allem im Bereich der Gebäudehülle getätigt werden. 2011 wurden die Kosten für eine Gesamtsanierung auf rund CHF 25 Mio. geschätzt. Bezüglich Schadstoffe besteht kein akuter Handlungsbedarf. Der vorhandene Asbest ist gebunden. Sobald jedoch am Gebäude etwas gemacht wird, muss der Asbest entsorgt werden. Die Entsorgungskosten sind im Gesamtkredit enthalten. In der ersten von vier Umbauetappen ging es nur um die Gebäudehülle, die Erdbebensicherheit, die Haustechnik, den Brandschutz und die Sanierung der Aula. Jetzt liegt die zweite Etappe in Form eines Verpflichtungskredits auf dem Tisch. Die GPK hat das Geschäft eingehend diskutiert. Die Baudirektion ist in dieser Etappe lediglich die Auftragsnehmerin der Schuldirektion. Die GPK sieht den Bedarf an Tagesstrukturen und stellt das Geschäft nicht in Frage. Die Schulanlage Sahligut ist eine der letzten Schulanlagen in Biel, die über keine Tagesschulinfrastruktur verfügt. Auf dem gesamten Schulareal besteht keine Möglichkeit für einen Neubau. Aus statischen Gründen kann die Schule nicht um ein Stockwerk erhöht werden. Deshalb soll die ehemalige Truppenunterkunft im Untergeschoss der Anlage einer Tagesstruktur und einem Kindergarten weichen. Der Umbau der Truppenunterkunft in eine kindgerechte Tagesschule ist naturgemäss äusserst aufwändig. Die grosse Herausforderung ist genügend Tageslicht für die Räumlichkeiten im Untergeschoss. Zu diesem Zweck sollen die Westfassade und die Gebäudeecke freigelegt werden, so dass grosse Fensterflächen eingebaut werden können und die Kinder einen direkten Zugang in den Garten-/Aussenbereich erhalten. Betonarbeiten, Arbeiten an der Lüftung, an den Leitungen und an der Gebäudetechnik sind nötig. Ebenso sind Massnahmen für die zeitgemässe energetische Nutzung vorgesehen. Die Elektroanlage muss erneuert und die Barrierefreiheit sichergestellt werden. Die Inbetriebnahme der Tagesschulanlage sollte in den Jahren 2017 bis 2018 erfolgen. Allerdings liegt mangels Budget schon heute ein Rückstand im Zeitplan vor. Die Bauarbeiten sind nach Möglichkeit ausserhalb der Schulzeit vorgesehen. Die GPK hat auch über die Baukosten gesprochen. Die Honorarkosten betragen laut Planung CHF 943'000.-. Gemäss der Abteilung Hochbau sind 50% der Kosten für die Architektur und der Rest für die Honorare der Fachplanung vorgesehen.

Die Bauherrenleistung wurde vom Honorar der Architekten bereits in Abzug gebracht. Insgesamt sind die Kennwerte im Vergleich zur Tagesschule Walkermatte rund 20% tiefer, weil einerseits der Rohbau bereits steht und andererseits die Anlage Walkermatte flächenmässig deutlich grösser ist. Die Kennwerte berücksichtigen Gebäudevolumen und Fläche. In der Investitionsplanung 2016 bis 2020 ist für das vorliegende Vorhaben eine Investition von CHF 4,2 Mio. vorgesehen. Laut der Abteilung Hochbau sind neben den umfangreichen Betonarbeiten auch die vorgesehenen Kanalisationsarbeiten und die Verlegung der Kindergärten zusätzliche Kostentreiber.

Das Geschäft wurde auf die heutige Sitzung verschoben, weil die GPK noch weitere Punkte prüfen wollte, wie die Frage, ob es aus der ersten Etappe Erkenntnisse zur Erdbebensicherheit gibt? Wie die Baudirektion festhält, ist die erste Etappe noch nicht ganz abgeschlossen. Jedoch hat ein Ingenieur bezüglich Erdbebensicherheit verschiedene Massnahmen vorgeschlagen. Die Baudirektion hat daraufhin eine Zweitmeinung eingeholt. Die abschliessenden Ergebnisse liegen aber noch nicht vor. Die Massnahmen zur Verbesserung der Erdbebensicherheit sollen allenfalls in Hinblick auf die Verhältnismässigkeit erst im Rahmen einer weitergehenden Gesamtanierung umgesetzt werden. Die GPK wollte ebenfalls erfahren, welche alternativen Standorte für die Schule Sahligut geprüft worden sind. Gemäss Baudirektion müssen Tagesschulen aus betrieblichen Gründen immer möglichst nahe an der bestehenden Schulanlage realisiert werden. Beim Sahligut befinden sich in unmittelbarer Nähe aber weder geeignete Räumlichkeiten noch Baulandreserven. In der weiteren Umgebung, beispielsweise auf dem Areal des früheren Bahnhofs Mett verfügt die Stadt zwar über Land im Finanzvermögen. Dieses müsste aber vorgängig - zumindest teilweise - erst ins Verwaltungsvermögen übertragen und einer kommerziellen Nutzung entzogen werden. Damit wäre es nicht mehr gewinnbringend zu nutzen. Aus diesen Gründen wurden solche Alternativen wieder verworfen. Eine Zumietung von Räumlichkeiten wird von der Finanzdirektion grundsätzlich abgelehnt, weil dadurch die Projektkosten steigen würden. Die dritte Frage der GPK betraf die Gesamtkonzeption. Für die Schulanlage Sahligut wurde eine umfassende Zustandsanalyse erarbeitet. Auf deren Basis wurden Massnahmenpakete erarbeitet, die in den nächsten 15 Jahren umgesetzt werden sollen. Mit dem Bericht 20090300 «Bauliche Sofortmassnahmen an der Schulanlage Sahligut und Sanierung der Aula / Verpflichtungskredit», welchen der Stadtrat am 15. Mai 2014 verabschiedet hat, wurde auch über die Etappierung informiert. Aus Sicht der Baudirektion macht die Etappierung besonders deshalb Sinn, weil eine umfassende Sanierung der Schulanlage Sahligut noch nicht höchste Dringlichkeit aufweist und dank des Aufschubs das Investitionsvolumen in andere dringendere Gesamtanierungen wie beispielsweise diejenige der Schulanlagen Plänke, Linde, Platanes und Dufour investiert werden kann. Die GPK stimmt dem vorliegenden Projekt zu. Sie gewichtet das Bedürfnis Tagesstrukturen und die Tatsache, dass es keine Alternativen gibt, höher als die hohen Kosten.

Suter Daniel, au nom du Groupe FDP/PRR/EVP/EDU: La Ville de Bienne est à l'étroit dans ses locaux scolaires. Pour le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU ces prochains temps il devrait y avoir une priorité des investissements dans ce secteur. Les 115 places prévues dans cette nouvelle construction désamorcent la situation tendue dans le quartier de Mâche/Boujean, notamment dans le domaine de l'école à journée continue. Sur le plan architectural, il est intéressant d'utiliser un volume construit et

d'apprendre que les espaces seront aménagés de manière multifonctionnelle et permettront une utilisation flexible. Notre groupe estime que les 4,5 mio. fr. pour les 115 places sont raisonnables, en comparaison avec d'autres projets du genre, je pense notamment aux Prés-Walker, où le Conseil de ville a aussi approuvé un crédit pour une école à journée continue. Mais, par contre, comme la porte-parole de la Commission de gestion l'a souligné, le prix de 943'000 fr. pour les honoraires sur ce montant d'investissement paraît élevé. Dans notre groupe il a été relevé, que la plupart des montants budgétés pour les différents travaux respectent les valeurs seuil permettant de les attribuer en procédure de gré à gré ou sur invitation. Nous sommes d'avis, que les travaux en question devraient dans la mesure du possible être attribués à des entreprises biennoises ou du moins régionales et nous nous posons la question pourquoi l'aménagement de l'extérieur devait être confié à une entreprise d'Olten. Le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU est avide de connaître les réflexions à ce sujet de la part de la Direction des travaux publics. Le crédit demandé concerne une étape pour la rénovation de l'école du Sahligut. Après avoir été confronté avec un crédit de plus de 30 mio. fr. pour la rénovation de l'école du Châtelet, notre groupe est d'avis que c'est intéressant d'échelonner la rénovation du Sahligut. Le Groupe FDP/PRR/EVP/EDU propose au Conseil de ville d'approuver ce crédit.

Gonzalez Glenda, Groupe socialiste: La demande d'octroi de ce crédit relève d'une nécessité constatée et fait partie des priorités, comme cela a été dit par Madame Gurtner-Oesch et Monsieur Suter. Je préférerais également que des entreprises biennoises se chargent de ces travaux, mais je pense qu'il y a des contraintes dans le cadre des appels d'offres, qui font que la Ville répond à la meilleure offre. J'aimerais relever quelques points concernant la plus-value que le projet va apporter. La transformation des locaux actuels du Sahligut permettrait de créer un centre fort dans le quartier de Mâche et par ce fait de le valoriser. En créant ce centre, la Ville pourrait renoncer à certaines structures, qui sont actuellement utilisées et qui nécessitent également des travaux d'entretien, afin d'accueillir les enfants de ce quartier. Ce serait un grand centre scolaire, similaire à d'autres centres scolaires de la Ville de Bienne.

Concernant les coûts, le Groupe socialiste est conscient que c'est une contrainte à laquelle la Ville doit se soumettre. Le Canton demande aux communes de répondre à ces besoins en places d'écoles à journée continue. C'est un projet ambitieux, qui vise à répondre à un besoin, à tenir compte de toutes les contraintes techniques d'aménagements et à respecter le cadre légal imposé par le Canton par toutes les directives de construction. La programmation par étapes est également pertinente. Plus les travaux sont reportés, plus les coûts sont renchérissés. Pour toutes ces raisons, le Groupe socialiste invite le Conseil de ville à accepter ce crédit.

Hueter Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Mehrheit der Fraktion SVP/Die Eidgenossen anerkennt den Bedarf an Tagesschulplätzen. Jedoch fragt sich die Fraktion, ob die Stadt tatsächlich 30% ihres eigenfinanzierbaren Investitionsvolumens - gemäss Finanzplan jährlich rund CHF 14 bis 17 Mio. - für ein Projekt ausgeben sollte, das 115 Tagesschulplätze schafft? Macht es Sinn, für 115 Tagesschulplätze CHF 4,5 Mio. zu investieren, wenn dies für die nächsten 25 Jahre gebundene Folgekosten von jährlich CHF 360'000.- generiert? Gemäss GPK-Sprecherin hat der Gemeinderat Varianten geprüft. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen findet, der Gemeinderat muss dem Stadtrat die Vor- und Nachteile der einzelnen Varianten und

die Gründe, die zur Wahl der vorliegenden geführt haben, unterbreiten. Meine Fraktion hat sich auch gefragt, ob es wirklich 115 Plätze braucht, oder ob nicht im Moment sagen wir 80 Plätze genügen würden. Es ist nicht bewiesen, dass in zehn Jahren wirklich 115 Plätze nötig sind. Vor vier Jahren wurden in der Investitionsplanung für das vorliegende Projekt nur CHF 2,2 Mio. eingestellt. Eine Kostenexplosion um rund 100% innerhalb von vier Jahren scheint uns trotz der unvermeidbaren Planungsunsicherheit zu viel. Das führt dazu, dass die Fraktion SVP/Die Eidgenossen dem Geschäft nicht zustimmt.

Bösch Andreas, Fraktion Grüne: Der Bedarf an Tagesschulplätzen in der im Geschäft genannten Zahl ist für die Fraktion Grüne unbestritten. Die Stadt ist von Gesetzes wegen verpflichtet, diese Plätze anzubieten. Meine Fraktion findet, es sei die beste Lösung, diese Tagesschulplätze so nahe wie möglich bei den Schulräumen anzubieten. Das Sahligut ist grundsätzlich eine gute Schulanlage. In den nächsten 15 Jahren wird die Stadt zwar viel für die Sanierung dieses Schulhauses investieren müssen. Ein Neubau wäre jedoch nicht interessanter. Wenn der Neubau am gleichen Ort entstehen soll wie das alte Schulhaus, müssten die betroffenen Klassen während der Bauzeit an einem andern Ort untergebracht werden. Bezüglich Sanierung besteht bei anderen Schulhäusern mehr Handlungsbedarf. Mit dem vorliegenden Projekt kann im Sahligut bestehender und nicht genutzter Raum wieder einem Nutzen zugeführt werden. Die Kosten machen der Fraktion Grüne auch Sorgen. Aber sie spricht entweder vom Verpflichtungskredit von CHF 4,5 Mio. oder von den jährlichen Folgekosten. Meine Fraktion erachtet diese Investition als sinnvoll. Für sie war wichtig, dass auch die Produktion von Mahlzeiten mit frischen Produkten in dieser Anlage mit einer Mehrinvestition von CHF 30'000.- problemlos möglich sein wird. Die Fraktion Grüne stimmt dem vorliegenden Geschäft vollumfänglich zu.

Briechele Dennis, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP tut sich schwer mit diesem Geschäft. Zwar ist der Bedarf an Tagesschulplätzen in Mett auch aus ihrer Sicht unbestritten. Die heutigen provisorischen Lösungen sind unbefriedigend. Meine Fraktion ist sich allerdings nicht sicher, ob das vom Gemeinderat vorgelegte Projekt wirklich die sinnvollste Lösung ist. Sie hat auch lange darüber diskutiert, ob es richtig ist, fast CHF 50 Mio. in die bestehende Schulanlage Sahligut zu investieren sowie ob es nicht günstigere Alternativen gäbe. Mit der vorliegenden zweiten Etappe der Gesamtanierung sollen die benötigten Tagesschulplätze in einer teils unterirdischen ehemaligen Truppenunterkunft geschaffen werden. Für die Fraktion GLP ist dies die umständlichste und somit auch teuerste Lösung. Mit grossem Aufwand müssen die Fassaden des Gebäudes freigelegt werden, damit die neuen Räumlichkeiten genügend Tageslicht haben. Die Komplexität dieses Vorhabens widerspiegelt sich in den Kosten. Von den CHF 4,5 Mio. Investitionskosten sind fast CHF 1 Mio. Honorarkosten. Weitere CHF 770'000.- sind für die Umgebungsgestaltung vorgesehen. Der Fraktion GLP fehlt es an der Überzeugung, dass dieses Projekt die bestmögliche Lösung ist. Deshalb wird sie sich der Stimme enthalten.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Sowohl der Bedarf an zusätzlichem Schulraum als auch die Sanierung des Schulhauses Sahligut sind unbestritten. Das vorliegende Geschäft trägt beiden Anliegen Rechnung. Aufgrund der Platzverhältnisse auf dem Areal des Schulhauses ist es nicht möglich, ein zusätzliches Gebäude für einen Kindergarten und die Tagesschule zu errichten, was möglicherweise eine einfachere Lösung gewesen wäre. Aus diesem Grund wurden Lösungen innerhalb der

bestehenden Struktur gesucht. Ich war anfänglich nicht sicher, ob die Umnutzung der ehemaligen Truppenunterkunft im UG der Primarschule eine gute Lösung ist und ob die Räume für einen Schul- und Kindergartenbetrieb über ausreichend Tageslicht verfügen würden. Anlässlich der Informationsveranstaltung der zuständigen Direktion konnte ich mich aber davon überzeugen, dass die vorgeschlagene Lösung funktionieren wird und auch einen Mehrwert schafft, da massiv untergenutzte Truppenunterkünfte aufgewertet und einer besseren Nutzung zugeführt werden können. Die Planenden haben gute Arbeit geleistet. Die Kosten für diesen notwendigen Schulraum sind mit CHF 4,5 Mio. veranschlagt. Das ist angesichts der denkmalpflegerischen Situation eine vertretbare Investition, auch wenn ein Neubau an einem anderen Standort im fraglichen Perimeter wahrscheinlich günstiger zu stehen käme. Was die Raumorganisation betrifft, ist auch die Verschiebung des Kindergartens in den neu geschaffenen Raum im Untergeschoss mit Hofzugang zum Spielen bedarfsgerecht und sinnvoll. Somit kann im Erdgeschoss der nötige Platz für die Tagesschule und die Küche mit den Aufenthalts- und Verpflegungsräumen realisiert werden. Positiv ist auch, dass die Küche so angelegt wird, dass sie ohne grossen Mehraufwand zu einer Produktionsküche umfunktioniert werden kann und damit die Umsetzung der Anliegen der Initiative "für eine gesunde Ernährung" erfüllen könnte. Dies entspricht auch dem Anliegen des Postulats 20150081 «Initiative "für eine gesunde Ernährung": Keine präjudizierenden Fakten schaffen bei der Sanierung von Küchen in Schulen und Kindertagesstätten». Passerelle unterstützt die Realisierung dieses Projekts und den dafür nötigen Verpflichtungskredit.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Danke für die gute Aufnahme des Geschäfts und für die kritischen Fragen dazu. Ich danke insbesondere auch der GPK, die sich zweimal Zeit genommen hat, um über das Geschäft zu diskutieren. Bei den Schulliegenschaften steht die Stadt vor zwei Herausforderungen: Einerseits müssen Sanierungen nachgeholt werden und andererseits besteht ein grosser Bedarf an Schul- und Tagesschulräumlichkeiten. Vorliegend geht es nicht um ein Sanierungsgeschäft sondern um die Bereitstellung von genügend Schulraum. Doch auch die Liegenschaft Sahligut hat Sanierungsbedarf. Bereits im Zusammenhang mit dem Geschäft 20090300 «Bauliche Sofortmassnahmen an der Schulanlage Sahligut und Sanierung der Aula / Verpflichtungskredit» hat der Gemeinderat den Stadtrat informiert, wie er bezüglich der beiden Aspekte "zusätzlicher Schulraum" und "Sanierung" zu verfahren gedenkt. Heute geht es nun um die 2. Etappe. Die 3. Etappe soll in etwa 5 Jahren an die Hand genommen werden und die Gesamtsanierung (rund CHF 20 Mio.) zu einem noch späteren Zeitpunkt. Die Kosten für die drei Etappen Erweiterung und Sanierung belaufen sich auf etwas mehr als CHF 30 Mio., nicht auf CHF 50 Mio., wie die Fraktion GLP errechnet hat. Dies entspricht in etwa den Kosten für die Sanierung und Erweiterung anderer Schulanlagen, beispielsweise der Schulanlage Châtelet. Beim Sahligut wird die Sanierung des Schwimmbads viel kosten. Zu gegebener Zeit wird zu entscheiden sein, ob das Schwimmbad beibehalten werden soll. Die Etappierung der Schulanlage Sahligut hat mit dem im Vergleich zum Schulhaus Châtelet noch recht guten Zustand der Schulanlage zu tun. Dank der Sofortmassnahmen kann die Gesamtsanierung hinausgeschoben werden. Das ist nötig, weil die Stadt in andere, dringendere Gesamtsanierungs- und Erweiterungsprojekte für Schulanlagen investieren muss. Zu den Kosten: Vor ein paar Jahren waren die vorgesehenen Kosten für das vorliegende Geschäft in der Investitionsplanung (IVP) tatsächlich tiefer. In der Zwischenzeit sind die Kosten fast doppelt so hoch veranschlagt, was mich überhaupt nicht freut.

Der Grund ist, neben der Unmöglichkeit, die genauen Kosten für solche Projekte voraussagen zu können, dass sich das Projekt entwickelt hat: wie die Schule und die Direktion Bildung, Kultur und Sport fand es der Gemeinderat sinnvoll, die Kindergärten miteinzubeziehen. Die für das Projekt Verantwortlichen sind der Meinung, das Projekt sei bezüglich Raumaufteilung, Tageslicht und Nutzung sinnvoll. Es wurde gefragt, ob es nicht möglich ist, die Anzahl der zu schaffenden Tagesschulplätze zu etappieren. Der Gemeinderat hat das nicht im Detail geprüft, weil er findet, dass das keinen Sinn macht. Aktuell sind schon 2/3 der neu zur Verfügung stehenden Plätze besetzt. Herr Suter hat gefragt, ob Bieler Unternehmen für die Bauarbeiten berücksichtigt werden können. Im Zusammenhang mit einem Vorstoss im Stadtrat wurde vor nicht so langer Zeit untersucht, welche Unternehmen im Einladungsverfahren der Stadt angefragt werden, oder welche Unternehmen sich bei einer Vergabe melden. Es wurde aufgezeigt, dass bei entsprechender Eignung Bieler Firmen oder Firmen aus der Region zum Zuge kommen. Ein ganz grosser Teil der Investitionssumme generiert also einen regionalen Mehrwert. Das ist mir wichtig. In der Diskussion um die Gestaltung der Aussenräume der Tagesschulen wurde ein Landschaftsarchitekt aus Olten beigezogen, der für das vorliegende Projekt bereits Arbeiten ausgeführt hat. Ich habe mir sagen lassen, dass es auf dem Platz Biel und in der Region keinen Landschaftsarchitekten gibt. Die Ausführung der Gartenarbeiten kann jedoch wieder an städtische oder regionale Betriebe vergeben werden. Zur Frage nach alternativen Standorten: Die Nähe der Tagesschule zu den Schulräumen ist sehr wichtig, um Synergien zu nutzen. So können die Räumlichkeiten der Tagesschule, vor allem diejenigen für die Oberstufe, auch als Schul-Gruppenräume genutzt werden. Aus all diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat dem Stadtrat Zustimmung zu diesem Geschäft. Ich danke für die Unterstützung.

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Bezüglich Kosten für die drei Etappen Sanierung und Erweiterung bezieht sich die Fraktion GLP auf die Investitionsplanung 2016-2020. Dort steht, dass die Sanierung der Aula Sahligut CHF 4,5 Mio., die der Tagesschule CHF 4,2 Mio., die der Teilsanierung des Schulhauses 1. Etappe CHF 5 Mio. und der 2. Etappe weitere CHF 35 Mio. kosten werden. Das ergibt CHF 49 Mio.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Herr Briechle, das ist ein Fehler in der Investitionsplanung. Sie können sich auf die im vorliegenden Geschäft und im Bericht 20090300 erwähnten Zahlen verlassen. Ich schulde Herrn Haueter noch eine Antwort: Er hat von einer jährlichen Investitionssumme von CHF 14 - 17 Mio. gesprochen. Der Gemeinderat hat wegen des Investitionsstaus bei den Schulgebäuden und wegen des benötigten zusätzlichen Schulraums beschlossen, die Investitionssumme für die nächste Investitionsplanungsperiode zu verdoppeln. Das ergibt jährlich CHF 40 - 50 Mio. Investitionen für die nächsten Jahre, um den Rückstand aufzuholen. Dieses Vorgehen wurde der Stadt auch von einem externen Experten empfohlen.

Haueter Joël, SVP: Ich habe vorhin von den eigenfinanzierbaren Investitionen pro Jahr gesprochen. Im Finanzplan sind dafür CHF 14,3 Mio. aufgeführt. Wenn der Gemeinderat beschliesst, CHF 40 Mio. bis CHF 50 Mio. zu investieren, bedeutet das, dass die Stadt pro Jahr CHF 35 Mio. mehr Schulden hat. Dafür muss sie zusätzliche Zinsen zahlen. Dieser gebundene jährliche Betrag wird den Stadtrat in der Budgetdebatte einschränken. Ich bitte den Stadtrat, bei Investitionsprojekten auf das zu investierende Geld, vor allem aber auch auf die Folgekosten zu achten.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 28. Oktober 2015 betreffend Einbau Tagesschule und Kindergarten Sahligut, Verpflichtungskredit, gestützt auf Art. 39, Absatz 1, Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), vorbehältlich des fakultativen Referendums, mit **36 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen**:

1. Das Projekt für den Einbau Tagesschule und Kindergarten Sahligut wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit Nr. 54000.0365 von CHF 4'500'000.00 bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

6. 20140122 Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich "Steinbruch Vorberg" / Botschaft

Bösch Andreas, GPK: Mit dem vorliegenden Geschäft sollen die Rahmenbedingungen für die Nutzung des Steinbruchs angepasst werden, namentlich betreffend Felsabbau, Wiederauffüllung und alle dazu gehörenden Massnahmen. Neu soll eine Zone mit Planungspflicht (ZPP) geschaffen werden. Dabei geht es vor allem um die Abbau- und Deponieplanung. Mittels einer ZPP kann der Gemeinderat eine neue Überbauungsordnung (ÜO) erlassen, die eine flexible Auffüllung des Aushubs erlaubt, während die heutige Überbauungsordnung eine sukzessive Wiederauffüllung vorschreibt. Der Steinbruch soll erweitert werden. Dafür ist mehr Fläche nötig. Im Kapitel der Botschaft «Die Vorlage im Detail» ist die Erweiterung bildlich dargestellt. Das für den Steinbruch vorgesehene Areal liegt vollständig im Wald, weshalb 2,5 ha Wald neu gerodet werden müssen. Dazu kommen 1,4 ha schon gerodete Flächen, die neu als definitive Rodungsflächen deklariert werden müssen. Die Gesamterweiterung beträgt also 3,9 ha. Die zusätzlichen Rodungen müssen kompensiert werden. Dafür werden in der Nähe liegende Waldweiden punktuell ergänzt, wodurch sie nicht mehr als Landwirtschaftszone, sondern als Wald gelten. Zudem sollen 10% der Fläche ökologisch im Sinne des Natur- und Landschaftsschutzes genutzt werden. Die GPK hat das Geschäft studiert.

Die Botschaft ist knapp, übersichtlich und gut verständlich. Die GPK stimmt Geschäft und Botschaft zu.

Känzig Urs, Fraktion Grüne: Auch die Fraktion Grüne stimmt dem vorliegenden Geschäft zu, weil sie es als besser erachtet, einen bestehenden Steinbruch zu erweitern, als einen neuen zu eröffnen. Die Aussagen zum ökologischen Ausgleich in der Branchenvereinbarung zwischen dem Kanton und dem Abbaugewerbe stimmen mit den Bestimmungen der neuen Überbauungsordnung "Steinbruch Vorberg" nicht

überein. Die Bestimmungen sollten aufeinander abgestimmt werden. Fritz Hurni als Präsident des kantonalen Kies- und Betonverbandes und als Teilhaber des Steinbruchs Vorberg sollte das wissen.

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ein Steinbruch ist wie eine Wunde in der Natur. In der Botschaft wird jedoch ausgeführt, wie der Steinbruch wieder aufgefüllt und renaturiert werden soll, damit die Wunde wieder heilen kann. Für die Fraktion SVP/Die Eidgenossen ist das ein sinnvolles Geschäft, dem sie einstimmig zustimmen wird. Auf Seite 8 der Botschaft unter "Finanzierung von Massnahmen für Natur und Erholung" steht, dass die Steinbruchbetreiberin verpflichtet wird, einen finanziellen Beitrag an zusätzliche Massnahmen für Natur und Erholung zu leisten. Wie hoch ist dieser Beitrag? Womit wird dieser Mehrwert abgegolten?

Ogi Pierre, au nom du Groupe socialiste: Le Groupe socialiste a discuté de cette affaire et invite le Conseil de ville à soutenir ce projet.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Danke für das Lob für die Botschaft. Die Bautätigkeit ist im Moment in unserer Stadt und Region intensiv, nicht zuletzt wegen der Autobahn. Deshalb werden viele Baustoffe gebraucht, und es braucht Platz, um Material zu deponieren. Je grösser die Distanzen für den Transport, desto höher ist die Belastung für die Umwelt und die Anwohnerinnen und Anwohner der Transportstrecken. Auf der Stufe der regionalen Abbau- und Deponieplanung soll ein neuer Richtplan «Abbau Deponie Transporte» (ADT) erarbeitet werden. Er sieht vor, welche Gebiete genutzt werden sollen. Diese Planung sieht für Biel den Steinbruch Vorberg vor, weil er gut erschlossen ist und die Bevölkerung nichts von ihm merkt. Deshalb ist die Erweiterung des Perimeters sinnvoll. Herr Känzig, die Stadtplanerin sitzt auf der Tribüne und hat Ihre Bemerkung bezüglich Branchenvereinbarung gehört. Die Bestimmungen der ZPP können nicht nachträglich geändert werden. Aber in der Umsetzung soll Rücksicht auf die Branchenvereinbarung genommen werden. Herr Rindlisbacher, die Steinbruchbetreiberin muss - Irrtum vorbehalten - CHF 10'000.- bezahlen. Wenn Sie uns diese Frage rechtzeitig gestellt hätten, hätten wir sie genau beantworten können. Danke für die Unterstützung des vorliegenden Geschäfts.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Gegenargumente habe ich keine gehört. Am besten ist es wahrscheinlich, wenn in der Botschaft vermerkt wird, dass im Stadtrat keine Gegenargumente formuliert wurden. Ich stelle fest, dass es dagegen keine Einwände gibt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. November 2015 betreffend die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich "Steinbruch Vorberg", gestützt auf Art. 40 Abs. 1, Ziff. 1, Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

- I. Er empfiehlt den Stimmberechtigten, dem folgenden Gemeindebeschlussesentwurf zuzustimmen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 21. Januar 2016 und gestützt auf Art. 12, Ziff. 3, Bst b der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) beschliesst:

1. Die Teiländerung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich "Steinbruch Vorberg" wird genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

II. Er genehmigt den Entwurf für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten mit Änderungen.

7. 20110067 Neugestaltung Neumarkt- und Walkeplatz / Strassenbauliche Sanierung Neumarkt- und Reitschulstrasse / Botschaft an die Stimmberechtigten nach zustande gekommenem fakultativem Referendum

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 20. August 2015 den Verpflichtungskredit von CHF 4,8 Mio. für das Projekt Neumarkt- und Walkeplatz genehmigt. Das darauf ergriffene fakultative Referendum kam zustande. Der Stadtrat hat nun die diesbezügliche Botschaft an die Stimmberechtigten zu genehmigen.

Auf den Tischen liegen überparteiliche Änderungsanträge der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP (Anträge 1 und 2) sowie der Fraktionen Grüne, SP, GLP zusammen mit Passerelle (Anträge A - E) auf.

Scherrer Martin, GPK: Die GPK hat sich bei der Prüfung der Botschaft auf die inhaltlich korrekte Wiedergabe des Geschäfts konzentriert und hat dabei einen Fehler festgestellt: Unter Punkt 2, am Ende des ersten Abschnitts steht: "*Nach Abzug der gesprochenen Kantons- und Bundesbeiträge verbleiben für die Stadt Biel netto CHF 2'660'000.00.*" Diese Zahl ist nicht korrekt. Richtigerweise beträgt sie CHF 2'600'000.00. Die korrekte Zahl findet sich an zwei anderen Stellen im Dokument. Bezüglich der Argumente für und gegen das Projekt hat die GPK nur geprüft, ob diese allenfalls ehrverletzend oder völlig falsch sind. Nach Ansicht der GPK steht den Befürwortenden und der Gegnerschaft bei der Formulierung ihrer Argumente ein gewisser Spielraum zu. Es ist nicht Aufgabe der GPK, die Argumente abzuändern oder zu streichen, wenn sie nicht ehrverletzend oder völlig aus der Luft gegriffen sind. Diesbezüglich hat die GPK nichts festgestellt. Sie empfiehlt die Botschaft zur Annahme.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Referenden sind selten. Deshalb hat der Stadtrat wenig Erfahrung mit solchen Botschaftstexten. Auch auf den Seiten 75 ff des Handbuchs der städtischen Verwaltung im Abschnitt "Botschaft an die Stimmberechtigten" finden sich keine Regeln für eine Botschaft nach einem Referendum. Bezüglich Gliederung der Botschaft wird in diesem Handbuch auf die Praxis des Kantons verwiesen. Ich schliesse daraus, dass die diesbezüglichen Bestimmungen des Kantons analog angewendet werden sollen.

Es ist selbstredend, dass die Argumente des Referendumskomitees und die Argumente für und gegen das Projekt nicht neutral, sondern wertend sind. Die Stimmbevölkerung kann daraus ihre eigenen Schlüsse ziehen.

Zur eigentlichen Botschaft und zu den Anträgen der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP: Für die Redaktion der Botschaft wurde der dem Stadtrat am 20. August 2015 unterbreitete Text aus dem Bericht 20110067 «Neugestaltung Neumarkt- und Walkeplatz [...]» einseitig verändert. Das hat uns gestört. Die Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP stellen daher **folgende Anträge**:

1. Kapitel 1. «Das Wichtigste in Kürze»

- 1.1. **In der ersten Zeile ist "zu den wichtigsten Plätzen" durch "zu den wichtigen Plätzen" zu ersetzen.** Auch im Bericht an den Stadtrat war von "wichtigen" Plätzen die Rede.
- 1.2. **Im zweiten Absatz ist der Satz "Die Anstösser, wie Restaurants und Stadtbibliothek, zeigen ein starkes Interesse, den Platz für Ihre Aktivitäten nutzen zu können" zu streichen.** In dieser Form ist der Satz falsch. Mehrere Anstösser des Platzes sind gegen diese Vorlage.
- 1.3. **Die tabellarische Darstellung der Zahlen am Ende des Kapitels ist zu streichen.** Sie ist nicht nötig, weil die Zahlen schon im Text dargestellt werden.
- 1.4. Sollte unser Antrag 1.3 nicht angenommen werden, **beantragen die Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BDP/BVP/CVP, in der ersten Zeile der Tabelle "Stadt Biel für die Realisierung noch zu bezahlen" zu schreiben und diese Zeile nicht fett zu schreiben.** Im ganzen Text ist sonst auch nichts fett.

2. Kapitel 3. «Die Vorlage im Detail»

Der ganze Absatz «Neues Verkehrsregime» ist zu streichen. Im Vortrag an den Stadtrat wurde zum neuen Verkehrsregime gar nichts gesagt. Zudem ist die Aussage, der Verkehr werde durch diese Massnahme verflüssigt, unserer Ansicht nach falsch.

Zu den auf den Tischen aufliegenden überparteilichen Änderungsanträgen der Fraktionen GLP, SP, Grüne sowie der Passerelle:

- Antrag C wünscht eine Ergänzung von Kapitel 3, wonach der Neumarktplatz für eine andere öffentliche Nutzung zugänglich gemacht werden soll. Diese Ergänzung finden die Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BDP/BVP/CVP nicht notwendig. Eine andere öffentliche Nutzung ist bereits jetzt möglich, da der Platz fast nicht mehr als Parkplatz genutzt wird. Zudem war diese Aussage auch nicht im vom Stadtrat am 20. August 2015 besprochenen Bericht 20110067 enthalten.
- Die Anträge D.1 – D.3 betreffen den Text des Referendumskomitees, welchen dieses vorgängig dem Gemeinderat vorgelegt hat. Der Gemeinderat hat kleine Veränderungen daran vorgenommen, mit denen das Komitee einverstanden war. Darf der Text, den das Referendumskomitee nach bestem Wissen und Gewissen eingereicht hat, vom Stadtrat überhaupt abgeändert werden? Meiner Auffassung nach ist das nicht zulässig. Biel kennt keine diesbezügliche Regelung. Das Handbuch der städtischen Verwaltung verweist diesbezüglich auf den Kanton.

In Artikel 54, Absatz 3 des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte (PRG; BSG 141.1) steht: *"Bei Initiativen und Referenden teilen das Initiativkomitee oder die Vertretung des Referendumsbegehrens ihren Standpunkt dem zuständigen Organ des Grossen Rates mit, das diesen in den Abstimmungserläuterungen berücksichtigt. Ehrverletzende, krass wahrheitswidrige oder zu lange Äusserungen können geändert oder zurückgewiesen werden."* Ich bin der Auffassung, der Text des Referendumskomitees enthalte keine ehrverletzenden, krass wahrheitswidrigen oder zu langen Äusserungen. Deshalb darf daran nichts geändert werden. Falls der Stadtrat der Meinung ist, er wolle oder müsse etwas ändern, sollte die Redaktionskommission damit betraut werden.

- Antrag D.3 verlangt, im Abschnitt «Ohne Mehrwert» des Referendumskomitees die Passage über Schulhaussanierungen zu streichen. Meines Erachtens müssen solche Äusserungen aber möglich sein, sonst setzt sich der Stadtrat dem Vorwurf der Zensur aus. Das ergibt sich aus den bereits zitierten Kriterien des Kantons. Es wäre schlecht, wenn später eine Beschwerde beim Regierungsstatthalter nötig würde.
- Die Anträge E.1 und E.2 beantragen die Streichung von Passagen im Kapitel 5. Die in diesem Kapitel aufgeführten Argumente hat die Ratssekretärin im Auftrag des Gemeinderates zusammengefasst. Deshalb kommt eine Streichung meiner Meinung nach nicht in Frage.
- Antrag E.3 verlangt, die Pro-Argumente um einen Punkt zu ergänzen, der im Stadtrat gar nie geäussert wurde. Deshalb kommt diese Ergänzung meiner Meinung nach nicht in Frage. Eine Redaktionskommission müsste allenfalls prüfen, was im Stadtrat gesagt worden ist.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Herr Bohnenblust hat die Redaktionskommission erwähnt. Ich möchte den Stadtrat informieren, dass die Ratssekretärin am kommenden Freitagnachmittag nicht zur Verfügung steht und der definitive Botschaftstext bis am kommenden Montagmittag deutsch und französisch vorliegen muss. Somit muss die deutsche Version des Textes am Sonntagabend vorliegen. Die Argumente für und gegen das Projekt wurden von der Ratssekretärin aufgrund der Tonaufnahmen der Stadtratssitzung vom 20. August 2015 formuliert. Sie können im Nachhinein nicht verändert werden. Sollte nach der heutigen Sitzung eine Redaktionskommission einberufen werden, muss diese vorgängig von den Fraktionspräsidienkonferenz gewählt werden (Art. 21 Abs. 4 Geschäftsordnung des Stadtrates; SGR 151.21).

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Zu den Anträgen der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP:

- Antrag 1.1 wird sich die Fraktion Grüne nicht widersetzen.
- Mit Antrag 1.2 ist die Fraktion Grüne nicht einverstanden. Es gibt Anstösser, Restaurants oder die operative Leitung der Stadtbibliothek, die sehr daran interessiert sind, den Platz für ihre Aktivitäten zu nutzen. Es stimmt aber, dass nicht alle begeistert sind. **Die Fraktion Grüne beantragt deshalb, nur das "die" vor "Anstösser" zu streichen.**
- Mit Antrag 1.3, die tabellarische Darstellung zu streichen, ist die Fraktion Grüne nicht einverstanden. In allen anderen Projekten wird nach dem erläuternden Text die Zusammenstellung der Kosten tabellarisch dargestellt.

- Für die Fraktion Grüne kommt es nicht in Frage, gemäss Antrag 2 den Absatz "Neues Verkehrsregime" zu streichen. Dieser sehr wichtige Punkt muss beibehalten werden.

Die Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie die Passerelle stellen folgende überparteiliche Anträge:

- A. Kapitel 1. «Das Wichtigste in Kürze»
Die letzte Zeile der tabellarischen Darstellung der Kosten in Kapitel 1 soll mit dem Betrag von CHF 2'600'000 ergänzt werden.
- B. Kapitel 2. «Worüber wir abstimmen»
 In diesem Kapitel hat sich ein Fehler eingeschlichen. Die Kosten für die Stadt Biel müssen **von CHF 2'660'000 auf CHF 2'600'000 korrigiert** werden.
- C. Kapitel 3. «Die Vorlage im Detail»
Folgender Text soll als zweitletzter Abschnitt eingefügt werden: "Nicht zuletzt erfüllt die Stadt mit der Neugestaltung auch einen Auftrag der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus dem Jahr 2000, wo mit dem JA zum neuen Parkierungsreglement auch das Ziel verfolgt wurde, die frei werdenden öffentlichen Flächen beim Kongresshaus und dem Neumarktplatz für andere öffentliche Nutzungen zugänglich zu machen."
 Damit werden die historische Herleitung und die politische Willensäusserung des Volkes wiedergegeben. Das ist den Antragstellenden wichtig.
- D. Kapitel 4. «Stellungnahme des Referendumskomitees»
- D.1. **Der Abschnitt «Verkehrschaos» soll wie folgt angepasst werden:**
- **Der Titel soll nur noch "Verkehr" statt "Verkehrschaos" heissen.**
Folgende Textstellen sind zu streichen:
 - **"[...] oder in die Dufourstrasse über den Ortsteil "Champagne" [...]"**
 - **"[...] Es wäre gefährlich und unverantwortlich den starken Durchfahrtsverkehr durch ein Wohngebiet mit Schulen zu leiten. Des Weiteren wird es im Bereich der Mühlebrücke zu massiv mehr Verkehrsbehinderungen kommen. [...]"**
 - **"[...] Bei dem vorgesehenen Projekt zur Neugestaltung des Neumarktplatzes ist das Verkehrschaos bereits vorbestimmt!"**
- D.2. **Im Abschnitt «Zu teures Projekt» soll "[...] das im Interesse unserer Stadt liegt [...]" gestrichen werden.**
- D.3. **Im Abschnitt «Ohne Mehrwert» soll "[...] Schulhaussanierungen, wie die Renovierung der Schulhäuser Dufour und Unionsgasse, die in der Innenstadt seit Jahren ein schlechtes Bild abgeben, sind zum Beispiel dringend nötig. [...]" gestrichen werden.**
- E. Kapitel 5. «Argumente für und gegen das Projekt»:
- E.1. **[...] und der Quartierleist hat sich klar gegen das vorliegende Projekt ausgesprochen."** soll gestrichen werden. Es stimmt nicht, dass die Quartierleiste sich klar gegen das vorliegende Projekt ausgesprochen haben. Mindestens zwei von drei angrenzenden Quartierleisten haben keinen offiziellen Beschluss dazu gefasst.
- E.2. **Der Satz "Zudem wäre die Renovierung der städtischen Schulhäuser ohnehin vordringlicher."** soll ebenfalls gestrichen werden.
- E.3. **Die Pro-Argumente sollen um folgenden Punkt ergänzt werden: "Die Verkehrssicherheit verbessert sich gegenüber heute: die Umleitung**

des Verkehrs Richtung Jura/Solothurn vermindert den Verkehr vor Ort, breitere Trottoirs und Velowege sorgen für eine bessere Übersicht. Das entschärft die Situation auch für die Busse." Die verbesserte Verkehrssicherheit wurde in der Stadtratsdebatte vom 20. August 2015 verschiedentlich angesprochen.

Die Antragstellenden sind der Auffassung, dass für den Text des Referendumskomitees die gleichen Prinzipien gelten wie für die Redaktionskommission. Dort gilt: In den Texten der Befürwortenden und der Gegnerschaft einer Vorlage oder wie hier eines Referendumskomitees müssen Fakten als Fakten und Meinungsäusserungen als Meinungsäusserungen erkennbar sein. Vorliegend wird beides vermischt. Das ist eine Irreführung des Stimmvolkes. Deshalb müssen die vorgängig erwähnten Passagen gestrichen werden. Wenn diese Passagen als Meinungsäusserungen gekennzeichnet wären, das Referendumskomitee also zum Beispiel schreiben würde, "es befürchte", dass der Verkehr in die Jurastrasse oder in die Dufourstrasse über den Ortsteil "Champagne" umgeleitet würde, könnten die Antragstellenden damit leben. Für die anderen Streichungen in diesem Kapitel gilt das Gleiche. Die Passage mit den Schulhaussanierungen finden wir problematisch, weil zwischen der Neugestaltung Neumarkt- und Walkeplatz und den Schulhaussanierungen kein objektiver Zusammenhang besteht. Das Geld, das nicht für den Neumarktplatz ausgegeben wird, kann nicht in eine Schulhaussanierung investiert werden. Es bleibt gebunden.

Wiher Max, Fraktion GLP: Inhaltlich ist die Fraktion GLP mit den Aussagen von Herrn Grupp einverstanden. Was eine Redaktionskommission anbelangt hat sie jedoch eine andere Meinung als Herr Bohnenblust. Beide Seiten haben klare Anträge formuliert. Es wäre am effizientesten, wenn der Stadtrat jetzt über diese Anträge abstimmen würde. Ich gehe davon aus, dass sich eine Redaktionskommission damit erübrigen dürfte und plädiere für ein solches Vorgehen.

Paronitti Maurice, PRR: J'aimerais m'exprimer sur la proposition d'amendement 1.2 des groupes FDP/PRR/EVP/EDU et BVP/BDP/CVP, qui parle des riverains. Autant que je sache, il n'y a pas eu de procédure de consultations des riverains. Or, dans le message il est écrit que tous les riverains sont d'accord avec ce projet. C'est faux. Certains ne sont pas intéressés. Ensuite il est dit que la Bibliothèque de la ville est très intéressée à utiliser cette future place pour ses activités.

Qui représente la Bibliothèque de la Ville? Est-ce le Directeur, la comptable ou le Conseil de fondation? En tant que Président du Conseil de fondation de la Bibliothèque, je n'ai pas été consulté. Donc, je ne sais pas de quoi il est question ici. Quand le Conseil de ville a discuté le rapport du Conseil municipal, j'ai dit ici, à la tribune, qu'on ne pouvait pas conclure sur des déclarations de quelques collaborateurs et collaboratrices de la Bibliothèque, suite à la fête de notre 250^{ème} anniversaire, que nous étions absolument intéressés à cette dépense. Je m'étonne que cette phrase ait été conservée, alors que j'avais dit qu'elle n'avait pas tout son sens.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: In einem demokratischen System sollte der Volkswille respektiert werden. Mit dem Antrag C der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle 3 wird im Rahmen des geschichtlichen Kontextes auf diesen

Volkswillen hingewiesen. Die Anträge der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP hingegen dienen nur der Desinformation: Wichtige Fakten sollen gestrichen werden, wie zum Beispiel die tabellarische Kostenübersicht. Das finde ich ziemlich undemokratisch und dieser Parteien unwürdig. Gleichzeitig wird versucht, im Text des Referendumskomitees Behauptungen zu Fakten zu machen. Das entbehrt jeglicher Grundlage. Ich lehne die Anträge der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP ab. Herr Grupp hat aufgezeigt, wie man den Vorschlägen der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP entgegen treten könnte. Wie Herr Wiher gesagt hat, könnte der Stadtrat jetzt darüber abstimmen.

Gugger Reto, BDP: Ich beantrage, dass im Kapitel 4 "Stellungnahme des Referendumskomitees" nach dem Einleitungssatz folgender Satz eingefügt wird: "*Der nachfolgende Text gibt die Meinung des Referendumskomitees wieder.*" So könnten die Ängste auf der Linken gemildert werden.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich schlage vor, dass der Stadtrat zuerst über die Änderungsanträge der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP abstimmt. So kann vielleicht vermieden werden, dass eine Redaktionskommission gebildet werden muss.

Bohnenblust Peter, FDP: Der Antrag von Herrn Gugger tangiert die Anträge D.1 – D.2 der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle. Ich schlage deshalb vor, dass der Stadtrat vorgängig zur Abstimmung über diese Anträge über den Antrag von Herrn Gugger abstimmt.

Ordnungsantrag

Grupp Christoph, Grüne: Die Fraktion Grüne beantragt einen kurzen Sitzungsunterbruch, damit sich die Gruppierungen, welche überparteiliche Anträge eingereicht haben, kurz besprechen können.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Die verschiedenen Gruppierungen können ihr weiteres Vorgehen in der Pause besprechen. Deshalb schlage ich vor, jetzt Pause zu machen.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird mit der Ergänzung des Stadtratspräsidenten angenommen.

Sitzungsunterbruch: 19.40 Uhr - 21.00 Uhr

Gugger Reto, BDP: Während der Pause hat die Fraktion BVP/BDP/CVP vom Präsidenten des Quartierleists Neumarkt erfahren, dass sich der Leist anlässlich einer Generalversammlung grossmehrheitlich gegen das Projekt ausgesprochen hat.

Grupp Christoph, Grüne: Danke für diese Information. Auch die Fraktionen Grüne, SP und GLP sowie die Passerelle haben die Pause genutzt. Zusammenfassend ergab unsere Beratung, dass wir im Grossen und Ganzen bei unseren Positionen bleiben, ausser in Bezug auf Kapitel 4:

- Mit Antrag 1.1 der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP sind die Fraktionen Grüne, SP und GLP sowie die Passerelle einverstanden.
- Wie bereits erwähnt, beantragen wir entgegen Antrag 1.2, nur den bestimmten Artikel "Die" am Anfang des betreffenden Satzes zu streichen.
- Dem von Herrn Gugger vorgeschlagenen einleitenden Satz zu Kapitel 4 stimmen wir zu. **In der Folge passen wir unseren Antrag D.1 insofern an, dass nur noch der Satz "Des Weiteren wird es im Bereich der Mühlebrücke zu massiv mehr Verkehrsbehinderungen kommen." gestrichen werden soll.**
- An unserem Antrag D.2 halten wir fest.
- **Antrag D.3 ziehen wir zurück.**

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP ziehen ihren Antrag 1.2 zurück zugunsten des Antrags der Fraktion Grüne, nur das "Die" am Anfang dieses Satzes zu streichen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich schlage vor, nun kapitelweise über die einzelnen Anträge abzustimmen. Wir kommen als Erstes zu den Anträgen zu Kapitel 1. «Das Wichtigste in Kürze». Die Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP haben ihren Antrag 1.2 zurückgezogen.

Abstimmungen über die Anträge zu Kapitel 1. «Das Wichtigste in Kürze»

- über den Antrag 1.1 der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP, "zu den wichtigsten Plätzen" durch "zu den wichtigen Plätzen" zu ersetzen.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag der Fraktion Grüne, im Satz "Die Anstösser, wie Restaurants und Stadtbibliothek, [...]" das "Die" zu streichen.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag 1.3 der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BVP/BDP/CVP, die tabellarische Darstellung der Zahlen am Ende des Kapitels zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag 1.4 der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BDP/BVP/CVP, in der ersten Zeile der tabellarischen Darstellung am Ende des Kapitels sowie im darüber liegenden Text den Satz "Stadt Biel für die Realisierung zu bezahlen" mit "noch" zu ergänzen und den Text in der tabellarischen Darstellung nicht fett zu formatieren.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag A der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle, die letzte Zeile der tabellarischen Darstellung am Ende des Kapitels mit dem Betrag von CHF 2'600'000 zu ergänzen.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag B der Fraktionen Grüne, SP und GLP sowie der Passerelle, in Kapitel 2 die Kosten für die Stadt Biel von CHF 2'660'000 auf CHF 2'600'000 zu korrigieren.

Der Antrag wird angenommen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge zum Kapitel 3. «Die Vorlage im Detail».

Abstimmungen über die Anträge zu Kapitel 3. «Die Vorlage im Detail»

- über den Antrag 2 der Fraktionen FDP/PRR/EVP/EDU und BDP/BVP/CVP, den ganzen Absatz «Neues Verkehrsregime» zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag C der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle, folgenden Text als zweitletzten Abschnitt einzufügen: *"Nicht zuletzt erfüllt die Stadt mit der Neugestaltung auch einen Auftrag der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus dem Jahr 2000, wo mit dem JA zum neuen Parkierungsreglement auch das Ziel verfolgt wurde, die frei werdende öffentliche Flächen beim Kongresshaus und dem Neumarktplatz für andere öffentliche Nutzungen zugänglich zu machen."*

Der Antrag wird angenommen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge zu Kapitel 4. «Stellungnahme des Referendumskomitees». Die Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie die Passerelle haben ihren Antrag D.1 angepasst und Antrag D.3 zurückgezogen.

Abstimmungen über die Anträge zu Kapitel 4. «Stellungnahme des Referendumskomitees»

- über den angepassten Antrag D.1 der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle, im Abschnitt «Verkehrschao» den Satz *"Des Weiteren wird es im Bereich der Mühlebrücke zu massiv mehr Verkehrsbehinderungen kommen."* zu streichen.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag D.2 der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle im Abschnitt «Zu teures Projekt» den Satzteil *"das im Interesse unserer Stadt liegt"* zu streichen.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag von Herrn Gugger, nach dem Einleitungssatz den Satz *"Der nachfolgende Text gibt die Meinung des Referendatskomitees wieder."* einzufügen.

Der Antrag wird angenommen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wir kommen nun zur Abstimmung über die Anträge zu Kapitel 5. «Argumente für und gegen das Projekt».

Abstimmungen über die Anträge zu Kapitel 5. «Argumente für und gegen das Projekt»

- über den Antrag E.1 der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle, *"und der Quartierleist hat sich klar gegen das vorliegende Projekt ausgesprochen"* zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag E.2 der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle, *"Zudem wäre die Renovierung der städtischen Schulhäuser ohnehin vordringlicher"* zu streichen.

Der Antrag wird angenommen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Wir kommen nun noch zum Antrag E.3 der Fraktionen Grüne, SP, GLP sowie der Passerelle, Kapitel 5 um ein weiteres Pro-Argument zu ergänzen: *"Die Verkehrssicherheit verbessert sich gegenüber heute: die Umleitung des Verkehrs Richtung Jura/Solothurn vermindert den Verkehr vor Ort, breitere Trottoirs und Velowege sorgen für eine bessere Übersicht. Das entschärft die Situation auch für die Busse."*

Bohnenblust Peter, FDP: Kapitel 5 gibt die Stadtratsdebatte vom 20. August 2015 wieder. Ich begreife deshalb nicht, weshalb der Satz bezüglich Schulhausrenovierungen soeben gestrichen worden ist, denn diese Aussage wurde damals im Stadtrat gemacht. Ich möchte von der Ratssekretärin wissen, ob sie sich erinnern kann, dass die Aussage, die jetzt eingefügt werden soll, im Protokoll der Stadtratssitzung vom 20. August 2015 protokolliert worden ist.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Ich habe die Voten, die zu diesem Thema gefallen sind, noch einmal nachgehört. Das jetzt einzufügende Argument wurde erwähnt.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich danke der Ratssekretärin für ihre grosse Arbeit. Es war ein grosser Aufwand, die Sitzung vom 20. August 2015 noch einmal nachzuhören.

Bösch Andreas, Grüne: Ist es wichtig, ob diese Aussage in der Debatte erwähnt wurde oder nicht? Es handelt sich um die Argumente der Befürwortenden und der Gegnerschaft. Der Stadtrat hat den Wortlaut der Botschaft festzulegen. Er kann in der Botschaft festhalten, was er will.

Abstimmung

- über den Antrag E.3 der Fraktionen Grüne, SP und GLP sowie der Passerelle, die Argumente der Befürwortenden wie folgt zu ergänzen: *"Die Verkehrssicherheit verbessert sich gegenüber heute: die Umleitung des Verkehrs Richtung Jura/Solothurn vermindert den Verkehr vor Ort, breitere Trottoirs und Velowege sorgen für eine bessere Übersicht. Das entschärft die Situation auch für die Busse."*

Der Antrag wird mit Stichentscheid des Stadtratspräsidenten angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst**, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. November 2015 betreffend Neugestaltung des Neumarkt- und Walkeplatz und strassenbauliche Sanierung der Neumarkt- und Reitschulstrasse, gestützt auf Art. 16 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

Der Entwurf des Gemeinderates für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten wird mit den vorgängig beschlossenen Änderungen genehmigt.

8. 20150330 Gurzelen / Anpassung der Planungsgrundlagen, Zurverfügungstellung von Land und Realisierung der dazugehörigen öffentlichen Infrastrukturen

Jean-Quartier Caroline, au nom de la Commission de gestion: Étant donné que beaucoup de membres du Conseil de ville ont assisté à la présentation du projet et comme la soirée est déjà bien avancée, je serai assez brève. Le dossier, que nous avons à traiter ce soir, représente un magnifique projet de quartier résidentiel. Lors des votations sur les Stades de Bienne, l'aménagement du nouveau quartier était déjà une condition liée à celles-ci. Les biennois et biennoises attendent donc qu'un nouveau quartier soit élaboré. Le dossier, que nous avons reçu, est très bien fourni et comprend beaucoup d'informations nécessaires pour se faire une idée pour le futur. Plusieurs nouvelles idées peuvent encore émerger de la participation de la population au projet et des concours d'architecture. N'oublions pas que ce soir, le Conseil de ville se prononce seulement sur le transfert du patrimoine administratif au patrimoine financier de deux parcelles d'environ 18'930 m². Il approuvera également des crédits

pour la déconstruction du mythique stade de football et du garage de la Gurzelen, pour la réalisation d'un concours pour l'extension de l'École de la Champagne. Un autre crédit d'engagement est également à accepter ce soir pour la conduite des études relatives à l'aménagement de la place de la Gurzelen et à la requalification de l'allée de la Champagne. Finalement, un autre crédit de 400'000 fr. doit être accepté pour la conduite des études relatives à la réalisation d'un pavillon avec une aula pour l'école, un café, un kiosque et des toilettes publiques sur la nouvelle place de la Gurzelen. L'aménagement de cette place était également une condition lors de la votation sur les Stades de Bienne. Le projet complet doit être accepté, ce soir, car de nombreuses préparations pourront avoir lieu dès à présent, tout en sachant que les crédits seront libérés lorsque la Ville aura un budget 2016. Des fouilles archéologiques auront sûrement lieu sous le stade de football de la Gurzelen et il est nécessaire que celles-ci puissent commencer à temps, afin d'éviter qu'elles ralentissent les travaux. Dans le rapport, chaque élément est présenté distinctement, mais finalement il s'agit d'un projet global d'un quartier intergénérationnel avec une mixité fonctionnelle et sociale. Des places de stationnement, tant privées que publiques seront créées dans les sous-sols. Si la demande de logement n'est pas suffisante, les entrepreneurs auront la possibilité d'échelonner leurs constructions, afin d'éviter un manque à gagner. Ce chantier sera financé par l'octroi du terrain en droit de superficie à 660 fr. le m². Les entrepreneurs et les coopératives participeront également au processus des concours d'architecture, ce qui permettra à tout un chacun d'avoir son mot à dire. Lors de la soirée d'information à la population, j'ai senti un intérêt certain pour ce nouveau quartier de la part de la population. Certes, tout n'est pas encore défini, mais en ce qui concerne le vote de ce soir, tout est clair et finalement assez limpide. Il ne faut pas non plus oublier le côté scolaire. Avec l'augmentation du nombre d'élèves, ces nouveaux bâtiments sont nécessaires. Il y a également la place d'athlétisme qui devra être réaménagé aux Champs-de-Boujean. Une demande de crédit d'étude de 200'000 fr. sera soumise au Conseil municipal pour l'élaboration d'infrastructures d'athlétisme modernes. Je tiens encore à faire le lien avec la création du quartier du Petit-Marais, qui a permis d'attirer de nouveaux contribuables. Je suis sûre qu'il en sera de même avec ce nouveau quartier. Les membres de la Commission de gestion se sont prononcés en faveur de ce dossier et vous remercient d'en faire autant.

Ritter Jeremias, Fraktion GLP: Die Fraktion GLP dankt dem Gemeinderat für das umfangreiche Dossier und begrüsst die für die Gurzelen vorgesehene Quartierplanung grundsätzlich. Das vorliegende Projekt ermöglicht die Entstehung eines echten Quartiers und es wird sichergestellt, dass nicht zufällig drauflos gebaut wird. Es soll ein verkehrsberuhigtes, den Zielen des Labels "2000 Watt-Areale" genügendes Quartier entstehen und das Land soll im Baurecht abgegeben werden. Die Fraktion GLP unterstützt dieses Vorhaben, denn es ist nachhaltig und ermöglicht der Stadt auch zukünftig, aktiv ihre Entwicklung mitzugestalten. Weniger nachhaltig ist die Finanzierung mit geplanten Investitionen von rund CHF 40 Mio. Neben den für die Stadien reservierten Mitteln in der Spezialfinanzierung «Reglement über die Spezialfinanzierung Buchgewinne aus Liegenschaften des Finanzvermögens» (SGR 680.93) und dem kapitalisierten Landwert von knapp CHF 25 Mio. verbleibt eine Lücke von CHF 15 Mio. Was den Grünliberalen aber komplett gegen den Strich geht, ist die Art der Durchführung der Mitwirkung. Gestern war Eingabeschluss, und schon heute soll der Stadtrat Entscheide vorweg nehmen. Ohne auch nur eine Ahnung von den Ergebnissen der Mitwirkung zu haben, kann der Stadtrat doch nicht die Ausgabe

von CHF 1,5 Mio. für Planungen gutheissen, die möglicherweise am Ziel vorbeischiessen. **Die Fraktion GLP beantragt deshalb, die Ziffern 3, 4 und 5 des Beschlussesentwurfs zurückzuweisen und diese dem Stadtrat erst nach Abschluss und Auswertung der Mitwirkung zum Entwicklungsschwerpunkt Gurzelen und den allfällig daraus gezogenen Schlüssen für die weitere Planung zu unterbreiten.** Alles andere ist ein Affront für diejenigen, die an der Mitwirkung teilgenommen haben. Ich bitte den Stadtrat im Namen der Fraktion GLP, die Punkte 3 bis 5 vorerst zurückzuweisen und dem restlichen Geschäft zuzustimmen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Das ist eigentlich kein Rückweisungs- sondern ein Verschiebungsantrag. Ein Rückweisungsantrag muss eine inhaltliche Änderung fordern.

Ritter Jeremias, Fraktion GLP: Der Antrag ist ein Rückweisungsantrag, weil die Ergebnisse der Mitwirkung in die Kredite für die Planungsgrundlagen einfließen sollen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich lasse die Diskussion trotzdem zu, weil die Rückweisung nur einzelne Punkte betrifft und nicht das ganze Geschäft.

Löffel Christian, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Der Stadtrat ist mit einem grossen Projekt konfrontiert, das er ohne Zeitdruck behandeln kann. Der Gemeinderat hat zwar behauptet, die Projektausführung eile. Ich akzeptiere den auferlegten Zeitdruck nicht. Unter Zeitdruck passieren Fehler. Ein grosses Projekt bietet viele Chancen aber auch grosse Gefahren. Viele Fragen werden noch lange nicht beantwortet werden können, denn das Projekt ist komplex und vielfältig. Viel bleibt noch offen.

Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU hat anlässlich ihrer Fraktionssitzung dennoch beschlossen, dem Beschlussesentwurf vollumfänglich zuzustimmen. Damals wusste sie aber noch nichts vom Rückweisungsantrag der Fraktion GLP, für welchen sie eine gewisse Sympathie hegt. Je nach Verlauf der Diskussion wird die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU diesem Antrag beipflichten.

Eigentlich könnte der Stadtrat dem Beschlussesentwurf schnell zustimmen, dafür wäre gar kein so umfangreiches Dossier nötig, denn es enthält viele Vorinformationen, Ideen und Absichtserklärungen des Gemeinderates über das zukünftige Vorgehen. Aspekte wie die Qualität der zukünftigen Gebäude, qualitätssichernde Verfahren, Architekturwettbewerbe, Studienaufträge usw. werden erkannt. So sollen qualitativ hochstehende Gebäude gebaut werden. Ist die Qualität gewährleistet, wenn grosse Reportagen in Architekturheften über ein Quartier berichten? Wahrscheinlich schon. Aber die von der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU angestrebte Qualität beginnt mit der Umsetzung der Vorgaben des Pflichtenhefts, das der Gemeinderat oder die Baudirektion ausarbeiten muss. Das neue Quartier soll benutzerfreundlich und der Unterhalt nicht aufwändig sein. Auf intelligente Details und Nachhaltigkeit wird Wert gelegt und der vom Stadtrat vorgegebene Kostenrahmen muss eingehalten werden. Wenn die Ästhetik der Gebäude in der Welt der Architekten Beachtung findet, ist aus meiner Sicht eine hohe Qualität gewährleistet.

Aus einem Studienauftrag ist ein Sieger hervorgegangen. Dieser hat eine mögliche Variante für die Gestaltung des Quartiers erarbeitet.

Ich habe mich erkundigt, weshalb das betreffende Architekturbüro aus Lausanne nun konkurrenzlos Folgeaufträge der Stadt Biel erhält, auch wenn die Stadt nicht dazu verpflichtet ist. Heute Abend hat Frau Schwickert gesagt, Aufträge würden in Biel oder der Region vergeben, wenn sie freihändig vergeben werden können. In Biel gibt es wahrscheinlich etwa 50 Architekturbüros mit grossem Potenzial. Ich verstehe deshalb nicht, warum nun hunderttausende von Franken ohne Zwang nach Lausanne überwiesen werden. Ich habe zwar ein gewisses Verständnis für die Empfehlung der Jury, wonach das Architekturbüro aus Lausanne gewisse weitere Arbeiten ausführen soll. Nachdem sich der Stadtrat aber während eines ganzen Jahres fast nur mit den städtischen Finanzen beschäftigt hat, muss er sich nun überlegen, wie das in Biel ausgegebene Geld auf irgendeine Art wieder der Stadt zugutekommen kann – beispielsweise mittels eines höheren Steuerertrags...? Der Gemeinderat schlägt vor, dass die Gebäude, die im fraglichen Gebiet entstehen sollen, den Richtlinien der 2000 Watt-Gesellschaft entsprechen. Das ist ein guter und sicher unterstützenswerter Ansatz. Ein Investor muss das investierte Geld aber amortisieren können. Der Bau von Gebäuden, bei denen der Mantel nach Minergie A oder P Standard gebaut wird, kostet zwischen 15% und 20% mehr als ein konventioneller. Der Stadtrat muss sich fragen, ob das marktgerecht ist und ob die Investoren auf diese Vorgaben eingehen werden. Wenn nicht, ist es vielleicht intelligenter, diese Richtlinie bei der Ausschreibung des Wettbewerbs als Zielvorgabe, aber nicht als absolute Pflicht zu definieren. Ich habe Frau Schwickert Fragen zur Zusammensetzung der Jury gestellt und Antworten erhalten. In der Jury fehlen meiner Meinung nach Personen, die den Aspekt Benutzerfreundlichkeit einbringen. Zusammenfassend ist die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU mit dem Beschlussesentwurf einverstanden. Je nach Verlauf der Diskussion wird sie jedoch den Antrag der Fraktion GLP unterstützen. Der Stadtrat steht nicht unter Zeitdruck.

Freuler Fritz, Fraktion Grüne: Ich teile die von den Herren Löffel und Ritter geäusserten Bedenken. Vor zehn Tagen hätte ich wahrscheinlich den gleichen Antrag gestellt. Im vorliegenden Geschäft beantragt der Gemeinderat im Wesentlichen Verpflichtungskredite für zwei Studien, einen Wettbewerb und den Abbruch des alten Gurzelen-Stadions. Eigentlich wären das simple Beschlüsse, wenn der Stadtrat nicht wüsste, dass es um ein Quartierentwicklungsgeschäft geht, zu dessen Planungsgrundlagen bis gestern ein Mitwirkungsverfahren lief. Wer heute eine Überbauung plant, steht vor grossen Herausforderungen. Zukunft gerichtetes Bauen heisst verdichtet, energieeffizient und sozialverträglich bauen, damit das Wohnen in Biel bezahlbar bleibt und trotzdem eine hohe Lebensqualität bietet, ohne die Umwelt allzu stark zu belasten. Das Überbauungsprojekt Gurzelen ist besonders anforderungsreich. Auf Stadtboden ist dieses Gebiet eines der letzten, das noch überbaut werden kann. Was mit diesem geschieht, ist deshalb aus stadtplanerischer Sicht umso wichtiger. Auch sind in diesem Projekt die berechtigten Ansprüche der Landeigentümerin sowie verschiedener Akteure wie der Bürgergemeinde Bözingen, dem Behindertenzentrum SIV, der Schule Champagne oder der Wohnbaugenossenschaften zu berücksichtigen. Im letzten Jahr wurden zwei Initiativen zur Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau eingereicht. Die eine verlangt, dass mindestens die Hälfte der Bruttogeschossfläche auf dem Gurzelenareal für den gemeinnützigen Wohnungsbau reserviert wird. Die zweite Initiative will verhindern, dass der Anteil des genossenschaftlich organisierten Wohnungsmarkts weiter sinkt. Vielmehr soll er in den nächsten zwei Jahrzehnten wieder auf 20% ansteigen. Im Juni 2013 hat der Stadtrat einen Wettbewerbskredit

beschlossen, um eine nachhaltige Quartierentwicklung auf der Gurzelen zu ermöglichen. Dazu hat er folgende Eckwerte definiert: Ein ressourcenschonendes Quartier im Sinne der 2'000 Watt-Gesellschaft mit integriertem Mobilitätskonzept, wirtschaftliche Nachhaltigkeit mit langfristiger, tragbarer Finanzierung und eine hohe Lebensqualität dank sozialer Durchmischung und attraktiven öffentlichen Räumen. In seiner Anpassung der Planungsgrundlagen hat der Gemeinderat versucht, diesen vielfältigen Anforderungen Rechnung zu tragen. Auf Grundlage dieser Anpassungen wird es aus Sicht der Fraktion Grüne möglich, die erforderlichen Vorarbeiten in die Wege zu leiten, um das Terrain in absehbarer Zeit überbauen zu können. Die Fraktion Grüne denkt dabei vor allem an den Abriss des alten Stadions, die archäologischen Untersuchungen des Bodens und an den Wettbewerb nach SIA Normen für den Erweiterungsbau der Schulanlage. Wie der Gemeinderat dem Stadtrat zugesichert hat, werden die Kredite erst nach der Auswertung des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens vergeben. Es bleibt also Zeit, offene Fragen zu den Planungsgrundlagen zu beantworten und bestehende Mängel zu korrigieren. Aus Sicht der Fraktion Grüne müssen folgende Punkte nachgebessert werden, über welche der Stadtrat im Juni 2013 diskutiert und die er mit dem Wettbewerb beschlossen hat:

- verbindliche Verankerung des angestrebten Mindestanteils für gemeinnützigen Wohnungsbau
- Zertifizierung 2000 Watt-Areal
- Zertifizierung Energierichtplan
- Mobilitätskonzept für das ganze Quartier
- Planung eines autoarmen Quartiers

Ich fasse zusammen:

1. An den Planungsunterlagen muss noch erheblich gearbeitet werden.
2. Was die vorliegenden Anträge und Verpflichtungskredite betrifft, sollte es nach dem heutigen Stand der Dinge möglich sein, mit den Vorarbeiten für die Überbauung zu beginnen.
Wenn der Rückbau des Stadions und die Feststellung der archäologischen Fragestellungen jetzt nicht angegangen werden, könnte es zu Verzögerungen mit finanziellen Folgen kommen.
3. Die Fraktion Grüne wird dem Gemeinderatsgeschäft zustimmen und das nicht nur unter Vorbehalt des Budgets 2016, sondern auch unter dem Vorbehalt, dass die Auswertung der Ergebnisse des Mitwirkungsverfahrens in die Planungsunterlagen einbezogen wird.

Die Fraktion Grüne bedankt sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Sie ist zuversichtlich, dass mit den erwähnten Nachbesserungen auf der Gurzelen eine wegweisende Überbauung entstehen kann, die den hohen ökologischen und sozialen Ansprüchen genügen kann.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: In der Fraktion SVP/Die Eidgenossen wurde das Geschäft sehr kontrovers diskutiert. Es handelt sich um ein sehr zentrales und attraktives Stadtgebiet, das neu eingezont werden soll. Der Fraktion SVP/Die Eidgenossen fehlen viele Überlegungen zu der ganzen Entwicklung zum Quartier Gurzelen. Biel schafft sehr viel Wohnraum. So soll das ganze Gebiet rund um die Gurzelen – wie auch beim ehemaligen Tennisclub – für Wohnungsbau genutzt werden. Auch die Gebiete AGGLOlac sowie Esplanade sollen grösstenteils für Wohnungsbau genutzt werden. So viele Wohnungsangebote haben Einfluss auf

den Immobilienmarkt und auf die Preise. Besteht überhaupt Nachfrage nach so vielen Immobilien? Diese Überlegungen fehlen. Die für die Gurzelen vorgesehenen Rahmenbedingungen (2'000 Watt-Areal oder die angedachte Verkehrsführung sowie weitere, von der Fraktion Grüne gewünschte Rahmenbedingungen) bilden ein enges Korsett, gegen welches sich die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wehren wird. So stellt beispielsweise die Quartierbevölkerung ihre Autos in der Nacht auf dem Gurzelenparkplatz ab. Wird dieser Platz überbaut, muss daher sichergestellt werden, dass auch künftig genügend Parkplätze für die Quartierbevölkerung vorhanden sind. Dort ein autofreies Gebiet zu schaffen, findet die Fraktion SVP/Die Eidgenossen nicht sinnvoll. Autofreie Zonen machen höchstens in einer Grossstadt Sinn. In Biel sind viele BewohnerInnen auf ein Auto angewiesen. Die Steuerkraft der natürlichen Personen in Biel ist die tiefste aller Schweizer Städte. Die Stadt sollte also bei der Projektierung darauf achten, dass dieses neue Quartier steuerkräftige Personen anzieht. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird die Vorlage unterstützen, sie sympathisiert aber auch mit dem Rückweisungsantrag der Fraktion GLP, weil der Stadtrat wirklich nicht unter Zeitdruck steht.

Arnold Marc, Fraktion SP: Die Fraktion SP stimmt dem vorliegenden Geschäft mehrheitlich zu und dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. 2008 wurde der Zonenplan letztmals geändert. Kernpunkt des vorliegenden Überbauungsplans ist die Erhöhung der Ausnützungsziffer um 10'000 m². Das muss begründet werden und ist wahrscheinlich die Ursache für die Ausführlichkeit des Berichts. Die Fraktion SP befürwortet eine verdichtete Bauweise, denn dadurch bleiben mehr öffentliche Grünflächen für die Bevölkerung. Die Bedenken der Fraktion GLP haben auch in der Fraktion SP zu langen Diskussionen geführt. Unser Gemeinderatsmitglied hat ihr aber anlässlich der Fraktionssitzung erklärt, dass die Gelder erst nach der Auswertung der Mitwirkung freigegeben werden. Für die öffentlichen Räume gibt es bereits das Projekt "CROSS" (siehe Seite 8 des Erläuterungsberichts), dessen Verfasser das Mandat zur Fortführung und Umsetzung der Arbeiten zur Gestaltung des neuen öffentlichen Gurzelenplatzes und der angrenzenden Strassenanlagen erhalten haben. Das stiess bei der Fraktion SP auf Unverständnis, da die Ausschreibung für grosse Teilprojekte erst noch folgt. Müssen sich diejenigen, die später an der Ausschreibung teilnehmen, an das Projekt "CROSS" halten oder müssen die Verfasser des Projekts "CROSS" später mit den Planern der ganzen Überbauung zusammenarbeiten? Die Fraktion SP würde eine gemeinsame Planung begrüßen. Sie begrüsst auch die zentrale Parkierungsanlage, die auch der übrigen Quartierbevölkerung offenstehen wird. Biel hat aber verschiedene Grundwasserströmungen auf verschiedenen Niveaus. Es muss daher verhindert werden, dass das Parkhaus so gross und damit auch so tief wird, dass umliegende, bestehende Häuser absinken oder anderweitig unter den Eingriffen leiden. Wie von rechter Seite erwähnt, sieht auch die Fraktion SP, dass immer mehr des Stadtgebiets überbaut wird und damit immer mehr Grünflächen verschwinden. Wer gerne Fussball spielt ohne jedoch einem Club anzugehören, hat es immer schwerer, eine geeignete Grünfläche zu finden, da die Flächen bei Schulhäusern immer mehr von Clubs genutzt werden und für die Öffentlichkeit kaum mehr zugänglich sind, wie beispielsweise im Sahligut oder in Mett. Deshalb würde es die Fraktion SP begrüßen, wenn ein Teil der auf Seite 8 des Erläuterungsberichts violett eingefärbten Fläche grün und öffentlich zugänglich bleibt. Den auf Seite 7 beschriebenen öffentlichen Raum findet die Fraktion SP gut. Der Platz wird allerdings nicht nur der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Es ist also Augenwischerei, wenn

gesagt wird, auf diesem Platz könne flaniert werden. Grossmehrheitlich stimmt die Fraktion SP dem Geschäft zu. Sie ist auf das Ergebnis des Mitwirkungsverfahrens gespannt. Das Land soll im Baurecht abgegeben und nicht, wie im Bericht angetönt, verkauft werden. Die Fraktion SP hofft, dass die Genossenschaften zum Zug kommen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Das Gurzelen-Areal ist für die Stadt eine einmalige städtebauliche Chance, in Zentrumsnähe Wohn- und Lebensraum und damit ein neues Quartier zu schaffen. Die Vorlage sieht die notwendigen Anpassungen der Planungsgrundlagen sowie die nötigen Gelder für den Rückbau des jetzigen Stadions vor. Passerelle unterstützt die Vorlage grundsätzlich. Ich danke der Verwaltung und dem Gemeinderat für diesen Bericht, welcher das neu entstehende Quartier würdigt. Er gibt einen umfassenden Überblick, wie das Quartier sich entwickeln könnte und legt dafür Eckwerte und Rahmenbedingungen fest. Dies wiederum ermöglicht es potenziellen Investoren, Ideen zu entwickeln, deren Realisierung für sie interessant wäre. Nebst der Änderung der baurechtlichen Grundordnung machen die Lösungen für die zu ersetzenden Sport- und Leichtathletikinfrastrukturen, die Gestaltung des öffentlichen Raumes und der Schulhausanlage Sinn und das Quartierleben ist durchdacht. Auch die Bedingungen für eine auf wenig Ressourcen- und Energieverbrauch angelegte Bauweise begrüsse ich. Parkplätze sind unterirdisch vorgesehen. Der Wermutstropfen ist, dass die Vorlage dem Stadtrat ohne Auswertung der Mitwirkung präsentiert wird. Vielleicht kann der Gemeinderat den Stadtrat informieren, ob grundsätzliche Einwände formuliert wurden. Die Mitwirkung ist eine wichtige Möglichkeit, sich einzubringen und sollte ernst genommen werden. **Ich beantrage deshalb, dass die Punkte 3 bis 5 des Beschlussesentwurfs erst in der nächsten Stadtratssitzung, nach Vorliegen einer summarischen Auswertung der Mitwirkung, formell verabschiedet werden.** Dadurch würde die Planung nicht wirklich verzögert. Passerelle fragt sich zudem, ob ein Baurechtszins von CHF 660.- bis CHF 700.- pro m² für den genossenschaftlichen Wohnungsbau trotz der hohen Ausnutzungsdichte finanziell tragbar ist. Offenbar hat die Stadt eine diesbezügliche Stellungnahme beim Dachverband eingeholt. Liegt schon eine Antwort vor? Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, wenn der kalkulierte Baurechtszins für genossenschaftlichen Wohnraum unrealistisch ist, und damit die Umsetzung der eingereichten Initiative der Wohnbaugenossenschaften für bezahlbaren Wohnraum auf der Gurzelen nicht möglich ist? Wenn diesen Fragen die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird, sind das gute Voraussetzungen für die Entwicklung des neuen Gurzelenquartiers. Der Unterschied zwischen meinem Antrag und dem Antrag der Fraktion GLP ist, dass ich keine Rückweisung, sondern eine Verschiebung verlange.

Ogi Pierre, PSR: Je parlerai ici pour la population biennoise. Je propose au Conseil municipal d'utiliser les guichets de l'ancien stade, qui ne seront pas déconstruits, pour y installer des toilettes publiques. Des toilettes publiques sont indispensables dans les quartiers et il en manque cruellement. J'ai vu que les gens font leurs besoins derrière les bâtiments des anciennes Tréfileries, parce qu'il n'y a pas de toilette publique dans le quartier!

Dillier Adrian, SVP: Seit 20 Jahren wird in Biel moderner, schöner Wohnraum geschaffen. Die Bevölkerung hat seit 1995 etwa um 5000 Personen zugenommen. Leider hat sich dadurch die Steuerkraft nicht zum Besseren gewendet. Das kann nicht

am mangelnden attraktiven Wohnraum liegen. Jetzt soll noch mehr Wohnraum gebaut und bestehender Wohnraum geleert werden. Der schon bestehende Wohnraum wird damit billiger und zieht noch mehr schlechte Steuerzahlende an. Um gute Steuerzahlende anzuziehen, müssen in Biel andere Probleme gelöst werden. In den Schulklassen gibt es häufig nur noch wenige Schweizer Kinder. Das ist ein Problem für die Attraktivität der Stadt. Es gibt in Biel genügend Wohnraum. Natürlich ist die Gurzelen ein sehr schöner Ort in der Stadt, und es ist möglich, dort ein attraktives Quartier entstehen zu lassen. Aber das ist überhaupt nicht dringend. Andere Projekte müssen zuerst umgesetzt und finanziert werden. Die Stadt sollte angesichts der heute knappen Finanzen nicht neue finanzielle Verpflichtungen eingehen, sofern diese nicht dringend notwendig sind. Die Stadt sollte sich ein wenig in Bescheidenheit üben. Niemand verlangt, dass der heutige Stadtrat den hintersten und letzten Bieler Quadratmeter zubetonieren muss. Ich finde das weder richtig noch nötig. Es soll auch zukünftigen Generationen etwas hinterlassen werden, das sie gestalten können.

Freuler Fritz, Grüne: Für einmal bin ich mit Herrn Dillier einverstanden. Die Stadt hat ein Problem mit dem Verschleiss ihrer Ressource Boden. Zwar ist Biel, wie Herr Dillier gesagt hat, seit 1995 von 50'000 auf 55'000 Einwohnende angewachsen. Früher waren es aber auch schon 65'000 Personen. Heute braucht es pro Person viel mehr Wohnraum. Die Steuereinnahmen sind zu gering, auch darin bin ich mit Herrn Dillier einig. Das Gebiet Gurzelen bietet die Möglichkeit, dank verdichteter Bauweise zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, ohne die Landschaft zu zersiedeln. Sollte die Zersiedelung weitergehen und auch die Agglomeration verbaut werden, ergeben sich daraus mehr Verkehr und mehr Stau. Wird auf der Gurzelen aber gemeinnütziger Wohnungsbau in verdichteter Bauweise realisiert, ergeben sich daraus mehr Steuereinnahmen pro Quadratmeter als wenn gleichenorts Liegenschaften für den gehobenen Standard gebaut werden. Das mag jetzt als freche Behauptung scheinen. Aber es gibt zu dieser Frage Studien in Zürich, die genau das belegen. Deshalb ist das geplante Projekt sinnvoll, löst es doch zwei Probleme: Den Verschleiss der Ressource Boden und die zu geringen Steuereinnahmen.

Gugger Reto, BDP: Die Planung scheint mir grundsätzlich sinnvoll. Es ist für die Stadt gut, wenn mitten im Zentrum neuer Wohnraum geschaffen wird, in direkter Nähe zur Schüssinsel, attraktiven Arbeitgebern und Schulen. Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist ebenfalls gewährleistet. Herr Dillier, ich kann Ihr Argument nicht ganz nachvollziehen. Die Stadt soll angesichts ihrer finanziellen Situation keine neuen finanziellen Verpflichtungen eingehen, ausser es sei dringend nötig? Wenn die Stadt das Projekt lange nicht realisiert, fliessen auch keine Baurechtszinsen in die Stadtkasse. Die Stadt Biel kann dieses Geld aber gut gebrauchen. Wie die Fraktion GLP finde auch ich dieses Projekt allerdings nicht dringlich. Meines Erachtens muss das Vernehmlassungsergebnis abgewartet werden. Herr Ogi, gemäss Punkt 5 des Beschlussesentwurfs sind übrigens auch öffentliche Toiletten geplant...

Briechle Dennis, GLP: Auf der ersten Seite des Erläuterungsberichts steht, dass ein neuer Stadtteil unter Einbezug der Bevölkerung entstehen soll. Aufgrund des geplanten Vorgehens des Gemeinderates bin ich mir aber nicht sicher, wie stark er und die Verwaltung tatsächlich am Einbezug der Bevölkerung interessiert sind. Das Mitwirkungsverfahren ging gestern zu Ende, und schon heute soll der Stadtrat Entscheide mit einer allenfalls präjudizierenden Wirkung fällen. Ich finde das nicht

richtig. Die demokratische Partizipation, die bei einem Mitwirkungsverfahren erwartet wird, wird so nicht ernst genommen. Deshalb möchte ich auf die drei Punkte des Beschlussesentwurfs näher eingehen, welche die Fraktion GLP zurückweisen möchte:

- Gemäss Punkt 3 ist der Stadtrat gehalten, CHF 550'000 für die Durchführung eines Wettbewerbs für die Erweiterung der Schule Champagne zu sprechen. Die Wettbewerbsteilnehmenden werden sich logischerweise an der vorliegenden Planung orientieren, welche ich nicht optimal finde. Herr Freuler hat den ineffizienten Umgang mit dem Boden erwähnt. Das trifft hier zu. Das heutige Schulgelände, das wirklich besser genutzt werden könnte, bleibt unangetastet und der Erweiterung fällt der Sportplatz zum Opfer. Herr Arnold hat im Namen der Fraktion SP beklagt, dass die Stadt einen Sportplatz nach dem andern überbaut. Gäbe es nicht bessere Lösungen? Angesichts dieser Voraussetzungen finde ich es unsinnig, Geld für die Durchführung eines Wettbewerbs zu sprechen.
- Punkt 4 beantragt einen Kredit für eine Studie zum Gurzelenplatz. Beim letzten Traktandum haben wir gesehen, wie umstritten Plätze im Stadtrat sind. Auch dazu wäre es daher wertvoll, die Mitwirkungsergebnisse abzuwarten.
- Gemäss Punkt 5 soll der neue Gurzelenplatz mittels Gebäuden rund um den Platz und öffentliche Verkaufsflächen belebt werden. Aber braucht es wirklich noch mehr öffentliche Verkaufsflächen? Alle wissen, dass die Nachfrage nicht so gross ist und die Innenstadt Leerstände aufweist. Zudem hat sich der Gemeinderat kürzlich für eine Schliessung der öffentlichen Toiletten ausgesprochen. Jetzt will er neue bauen. Das ist in meinen Augen nicht konsequent.

Zu den Rahmenbedingungen: Biel hat zurzeit kein Budget und der Stadtrat kann ohnehin keine Kredite sprechen. Zudem möchte ich auf die Volksinitiative der Wohnbaugenossenschaften aufmerksam machen, die im vorliegenden Bericht nur kurz behandelt wird. Es ist nicht klar, wie sich eine allfällige Annahme der Initiative auswirken würde. Unter diesen Bedingungen sehe ich nicht ein, wieso dieses Geschäft dringlich sein soll. Kredite sollten erst gesprochen werden, wenn das Mitwirkungsverfahren sauber abgeschlossen ist. Zwar argumentiert der Gemeinderat, dass er die Kredite erst freigeben wird, wenn das Mitwirkungsverfahren abgeschlossen und ausgewertet ist. Wenn der Stadtrat aber heute einen Kredit spricht, kann er sich nachher nicht mehr zum Projekt äussern. Wenn er die Mitsprachemöglichkeit wahren will, sollte er die abschliessende Planung abwarten können und sich erst dann dafür oder dagegen aussprechen. Die archäologischen Abklärungen könnten zudem bereits gemacht werden. Die dafür nötigen Kredite sind Teil des Kredites für den Abbruch des Stadions in Punkt 2 des Beschlussesentwurfs. Passerelle sagt, die Planung soll nicht verzögert werden. Die eigentliche Zonenplanung hat aber gar nicht direkt mit diesem Projekt zu tun. Sie kann und soll fortgesetzt und abgeschlossen werden, bevor der Stadtrat Kredite für die einzelnen Projekte spricht.

Suter Daniel, PRR: Un nouveau quartier doit voir le jour à Bienne. Beaucoup de nouveaux quartiers ont été créés en relativement peu de temps. Donc, est-ce le moment de se lancer dans un nouveau projet de ce genre? Je pense que laisser ces terrains autour de la Gurzelen en friche, pendant un temps indéterminé, n'est pas une solution. C'est au Conseil de ville de prévoir, maintenant, une procédure de planification et de continuer à développer la Ville, aussi pour améliorer sa situation financière. Le Conseil municipal a commencé parallèlement deux procédures: la planification urbanistique et la mise à disposition des terrains.

L'alternative, c'est à dire de terminer d'abord la planification urbanistique pour savoir exactement ce qui est possible de construire avant la procédure d'appel d'offres est pensable. Je trouve, que c'est une manière de procéder très dynamique. Pour le soumissionnaire de la mise au concours il y a un certain risque que la planification diverge complètement de tout ce qui était imaginable jusqu'à maintenant. Ce risque est théorique parce que la planification, qui se trouve sur nos tables, émane de la planification précédente de l'année 2008 ou 2009. Il s'agit d'une précision d'une planification déjà existante. Il serait tout à fait étonnant, que tout cela soit totalement chamboulé dans les semaines qui viennent. Le périmètre de planification peut être subdivisé en trois secteurs, à savoir "ancien stade", "rue des Fleurs nord" et "rue des Fleurs sud". Chaque secteur est assorti de conditions de réalisation individuelles pour assurer une qualité architectonique et urbanistique élevée au vu de concours d'architectures ou de mandats d'étude parallèles. Ces processus visant à assurer la qualité seront réalisés en collaboration avec les investisseurs sélectionnés. En ce qui concerne l'appel d'offres pour le terrain de l'ancien stade de football, je pense qu'il est intéressant de le faire maintenant afin de voir qui offre, pour quelle raison et à quel prix. Le plus tôt possible sera le mieux car il faut s'attendre à certaines dépenses pour viabiliser le quartier et pour remplacer le site du terrain d'athlétisme. Cela coûtera environ 34 mio. fr. y compris les analyses en matière de pollution et d'archéologie, mais sans l'extension de l'École de la Champagne. Le PRR a compris que, fondamentalement, la procédure est bien entamée. Mais, ce soir, le Conseil de ville ne décide ni sur le contenu du plan de quartier ni sur l'attribution du terrain. Le Conseil de ville aura tout le loisir de se prononcer sur ces questions ultérieurement. Une large majorité de mon parti est d'accord d'approuver ce projet d'arrêté. Concernant la proposition d'ajournement ou de renvoi, le renvoi ne se justifie pas, parce que la planification a déjà débuté et les grandes options de la planification sont prises. Il est extrêmement peu probable, que ces options soient complètement renversées. Si vous avez des craintes à ce niveau-là, il suffit d'ajouter dans le projet d'arrêté qu'il est approuvé sous réserve de l'adoption du budget et de la compréhension de l'évaluation de la procédure de participation et d'information, qui vient de prendre fin. Dans ce sens, le PRR s'opposera à cette proposition de renvoi et votera le projet comme il est soumis.

Baltzer Niklaus, SP: Zuerst ein kleiner Exkurs: Heute sind alle der Meinung, das Duforschulhaus müsse dringend saniert werden. Die Planung des Neumarktplatzes hat im Jahr 2009 begonnen. Im gleichen Jahr ging der damalige Bildungsdirektor, Herr Moeschler, davon aus, dass die Anzahl Kinder in der Stadt sinken werde und der damalige Stadtpräsident, Herr Stöckli, sagte, er suche jemanden, dem das Duforschulhaus möglichst teuer verkauft werden könne. Heute finden wir diese damalige Betrachtungsweise komisch. Wenn wir aber in fünf Jahren auf das Projekt, um das es heute geht, zurückschauen, werden wir vielleicht ebenfalls finden, der Stadtrat habe Unsinn beschlossen. Deshalb sagt die SVP immer Nein. Politik ist aber etwas Anderes. Politik ist, den Mut zu haben, aus der heutigen Perspektive das Optimum herauszuholen. Der Stadtrat muss heute den Mut haben, zu einem Projekt zu stehen, das er schon 2013 begonnen hat. Aus Kostengründen wurde für die Entwicklung des Gebietes Gurzelen auf ein SIA-Verfahren verzichtet. In der Folge wollten sich die Bieler Planungsbüros nicht am Planungsverfahren beteiligen, da es nicht SIA-konform war. Heute nun jammern einige, die Aufträge seien nach Lausanne vergeben worden. Daran ist der Stadtrat aber selber schuld. Jetzt versuchen einige Planer, in das Projekt einzusteigen und dieses mitzugestalten. Sie haben sich mit

Genossenschaften zusammengeschlossen und bemühen sich um eine Einigung mit dem Gemeinderat. Der Gemeinderat ist auch bereits auf sie zugegangen. Wenn der Stadtrat dem Projekt heute zustimmt, heisst das, dass er den Elan, mit dem er ins Projekt eingestiegen ist, fortführt. Die Fraktion SP ist überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Eine Verzögerung macht nur dann Sinn, wenn die Planung dadurch wesentlich besser wird. Heute trifft der Stadtrat provisorische Entscheide. Der Gemeinderat sichert in seinem Bericht zu, er werde nicht eine Planung beginnen, die dem Mitwirkungsverfahren diametral widerspricht. Ich vertraue dem Gemeinderat, dass er sich daran hält. Ich verstehe die Fraktion GLP nicht, wenn sie Schulraumprojekte bremsen will. Es ist ja bekannt, dass - entgegen den Prognosen von Herrn Moeschler - die Kinderzahlen steigen. Die Stadt braucht Schulraum. Mir leuchtet nicht ein, warum einige noch abwarten wollen, bevor sie dem Projekt zustimmen. Der Stadtrat sollte über eine gewisse Grosszügigkeit verfügen und Vertrauen haben, dass das, was jetzt aufgegleist ist, gut kommt. Ich finde, das Projekt geht in die richtige Richtung.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das Projekt ist ein Gemeinschaftswerk der Präsidialdirektion, welche für die Planung und für die Koordination verantwortlich ist, der Direktion Bau, Energie und Umwelt, welche die Wettbewerbe betreuen wird und der Finanzdirektion, welche die Ausschreibung der einzelnen Landparzellen veranlasst. Die Vorlage ist komplex und umfasst viele Aspekte, welche teilweise noch nicht so ausgearbeitet sind, wie es der Stadtrat gerne hätte. Das wird aber immer so sein. Die verschiedenen Elemente bedingen sich gegenseitig. Der Gemeinderat hat sich dazu entschieden, alles auf einmal auf den Tisch zu legen. Er versichert dem Stadtrat, dass er nicht auf falschen Grundlagen plant. Das Gurzelenquartier liegt ziemlich in der Mitte der Stadt. Es ist schon heute ein attraktives Wohnquartier und wird mit der Aufwertung durch die Schüssinsel in Zukunft noch attraktiver, vor allem für Familien. Der spezielle Charme des Quartiers besteht darin, dass es an der Schnittstelle zwischen einem eher urban besiedelten Gebiet und einem mit Ein- und Zweifamilienhäusern liegt, aber auch an einer Schnittstelle zwischen Wohnen und Industrie. Der weltgrösste Uhrenkonzern ist mit sehr prominenten Produktionsanlagen in unmittelbarer Nähe angesiedelt. Gemeinde- und Stadtrat streben gemeinsam die Schaffung eines tollen neuen Quartiers an.

Es wurde gesagt, es liege kein Zeitdruck vor. Aufgrund der Previs-Überbauung, deren erstes Gebäude bezugsbereit ist, wird sich der Bedarf nach zusätzlichem Schulraum aber schon bald erhöhen. Wie bereits in der Botschaft an das Stimmvolk bezüglich "Stades de Bienne" für die Abstimmung vom 9. Dezember 2007 erwähnt wurde, liegt für das Gurzelen-Areal eine Minimalkaufverpflichtung im Umfang von CHF 10 Mio. vor, welche für die Finanzierung der Tissot Arena eingesetzt werden soll. Der Gemeinderat geht davon aus, dass heute sogar ein wesentlich höherer Betrag generiert werden kann, sei es durch Landverkauf oder durch Abgabe im Baurecht. Die Grundlagen für dieses Landgeschäft müssen aber bald bekannt sein, sonst kann die Tissot Arena nie abgerechnet werden. Damit könnte auch nie bewiesen werden, dass das Finanzierungskonstrukt unserer Vorgänger aufgeht. Das heisst aber nicht, dass das Land sofort veräussert werden muss. Vielmehr wird sich der Gemeinderat nach der Entwicklung des Wohnungsmarktes richten müssen. Trotzdem sind bereits jetzt Vorarbeiten nötig. Dazu zählen die Planung, die Abklärungen zur Archäologie sowie die Klärung der Abgabemodalitäten an die Bauträger.

Wohnbaugenossenschaften können sehr spannende Partner sein. Sie realisieren nicht möglichst viel möglichst schnell und mit möglichst hohem Gewinn. Mit ihnen ist eine Partnerschaft möglich die erlaubt, auch Anforderungen der Stadt hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung zu definieren. Wohnbaugenossenschaften bedeuten nicht sozialen Wohnungsbau in dem Sinn, dass wirtschaftlich schwache Personen anvisiert werden. Wohnbaugenossenschaften geht es darum, attraktive, zeitgemässe und durchmischte Quartiere zu schaffen. Normalerweise wohnen dort Personen, die durchaus etwas zum Steueraufkommen Biels beitragen können. Im Baurechtsvertrag mit einer Genossenschaft kann die Stadt Forderungen festhalten, die den Zielen des Gemeinderats entsprechen. Das ist mit privaten Investoren, die nur an der Rendite interessiert sind, nicht möglich. Vielleicht ist es auch sinnvoll, einen Teil der Überbauung mit Wohnbaugenossenschaften und einen Teil mit privaten Investoren zu realisieren. Auch bei privaten Investoren wird der Gemeinderat versuchen, so weit möglich Auflagen zu machen, damit Wohnungen gebaut werden, die eine gute demografische Durchmischung erlauben. Der Gemeinderat will, dass künftige Nutzung nicht bestritten werden kann. Deshalb wird der Gemeinderat die Ausschreibung für gemeinnützigen Wohnungsbau durch den Dachverband der Wohnbaugenossenschaften validieren lassen. So kann abgesichert werden, dass nicht die späteren Bauträger die Regeln bestimmen. Wer weitere Parzellen erhält, ist noch offen. Die Initiative "für bezahlbare Wohnungen im Gurzelen" verlangt 50% gemeinnützigen Wohnungsbau. Erst das jetzt auszuarbeitende Projekt wird zeigen, ob es 48%, 52% oder sogar 100% sein werden.

Wie Herr Scherrer gesagt hat, wird der Gurzelenparkplatz derzeit von der Anwohnerschaft genutzt, die in den bestehenden Liegenschaften nicht über Parkplätze verfügt. Er dient aber auch als Parkplatz für die beliebte sechsfach-Turnhalle des BBZ und den noch verbliebenen Fussballplätzen in der Champagne. Für alle diese Nutzenden muss ein neues Parkierungsangebot geschaffen werden. Dem Gemeinderat schwebt vor, Parkplätze unterirdisch zu realisieren, so dass oberirdisch ein autoarmes Quartier entstehen kann.

Der Gemeinderat nimmt das Mitwirkungsverfahren ernst, auch wenn er dem Stadtrat das Gesamtgeschäft schon vor dessen Abschluss unterbreitet. Der Gemeinderat hat beschlossen, dass die Kredite erst nach Abschluss der Mitwirkung, respektive nach der Auflage des Projekts freigegeben werden, damit nicht in eine falsche Richtung geplant wird. Der Gemeinderat braucht aber Geld, um gewisse Rahmenbedingungen zu klären. Gerade weil das Mitwirkungsverfahren sehr ernst genommen wird, wird es nicht möglich sein, Frau Tennenbaum, in einem Monat konsolidierte Ergebnisse vorzulegen.

Zu den Anträgen: Herr Ritter, ich habe Ihre Überlegung verstanden. Ihr Antrag ist jedoch kein Rückweisungsantrag sondern ein Verschiebungsantrag. Es wäre ein Rückweisungsantrag, wenn er eine Überarbeitung des Berichts verlangen würde. Die Verschiebung nützt aber nichts, weil die Gurzelendebatte sonst erneut geführt werden müsste. Zudem wird für das Schulhaus zwingend ein Planungskredit benötigt. Deshalb schlage ich vor, dass der Stadtrat den Beschlussesentwurf des Gemeinderates unterstützt. Der Gemeinderat wird den Mitwirkungsbericht öffentlich präsentieren und kommunizieren. Danach wird zu entscheiden sein, welche Gelder freigegeben werden können und welche noch zurückbehalten werden, bis die Auflagefrist abgelaufen ist. Dann wird das formelle Verfahren mit den Einsprachen zu

Ende sein. So hat der Stadtrat die Sicherheit, dass keine Gelder falsch verwendet werden und gleichzeitig verhindert er unnötige Bürokratie: Mehr oder weniger identische Berichte müssen nicht neu geschrieben werden oder über gleiche Berichte wird nicht mehrmals diskutiert. In dem Sinne lade ich den Stadtrat ein, auf die verschiedenen Anträge nicht einzugehen. Der Gemeinderat garantiert, dass die Kredite nicht freigegeben werden, bevor der Mitwirkungsbericht vorliegt oder sogar bevor die Auflage durchgeführt ist.

Herr Ogi, die Toiletten in den Kassenhäuschen würden kostenpflichtig, weil es ja historische Kassenhäuschen sind. Vielleicht finden wir aber noch eine sinnvollere Nutzung für die Kassenhäuschen und eine bessere Lösung für die öffentlichen Toiletten. Wenn der Stadtrat die beantragten Kredite spricht, kann der Gemeinderat das planen, sonst nicht.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Wann brauchen wir welche Kredite, um das Gurzelenprojekt vorwärts zu bringen und zu einem sinnvollen Ganzen zu machen? Die verschiedenen Teilprojekte müssen Hand in Hand geplant und koordiniert werden. Der Zusatz, dass der Gemeinderat die Kredite noch nicht gleich freigeben wird, ist wichtig. Das wird der Gemeinderat auf alle Fälle einhalten. Zum Zeitdruck, den einige Stadtratsmitglieder nicht sehen: Der Beschluss, das ganze Gebiet weiterzuentwickeln, zieht einen gewissen Zeitdruck nach sich, insbesondere beim Schulraum. Der Schulraum ist in der Champagne bereits heute knapp. Viele Klassen mussten schon ausgelagert werden. Mit dem geplanten Ausbau der Schulanlage Champagne soll in der Gurzelen eine neue Quartierschule entstehen. Da auch Previs dort baut, werden sicher mehr Kinder ins Quartier ziehen. 16 neue Schulklassen werden nötig sein und die bestehende Tagesschule muss erweitert werden. Im Moment hat die Champagne auch keine Aula. Eine Schule kann nicht von heute auf morgen gebaut werden. In etwa fünf Jahren sollten die Kinder in der erweiterten Schulanlage Champagne in die Schule gehen können. Deshalb muss mit der Planung bald begonnen werden. Der Erweiterungsbau für die Schule hängt aber auch mit dem Kredit für den Gurzelenplatz und für die Verlängerung der Champagneallee, die zu einer Begegnungszone werden soll, zusammen. Der Kredit soll erste Vorarbeiten erlauben, um zum Beispiel die Schnittstellen zwischen Schule und Privaten klären zu können. Der Gemeinderat geht davon aus, dass das jetzt für die Schule vorgesehene Baufeld auch dafür gebraucht werden wird. Der bestehende, geschützte Gebäudekomplex der Schulanlage Champagne darf nicht abgebrochen oder aufgestockt werden. Dadurch musste der bestehende Schulkomplex im städtebaulichen Wettbewerb unter Federführung der Stadtplanung einbezogen werden. Es wurde eine gute Lösung gefunden, aber es gibt nicht unzählige Möglichkeiten...

Zum Thema Jury: Ich möchte dem Eindruck entgegenwirken, wonach die Jurys abgehoben seien und nur aus ArchitektInnen bestünden, welche ohne Einbezug der Nutzenden urteilen. Gerade beim vorliegenden städtebaulichen Wettbewerb wurde für die Festlegung der künftigen Entwicklung des Quartiers auch der Quartierverein einbezogen. Auch beim Wettbewerb für die Schulerweiterung werden die Nutzenden - zum Beispiel die Schule selber - sicher einbezogen. Bei der kürzlichen Jurierung des Projekts Turnhalle Plänke waren die späteren Nutzenden gegenüber den Fachleuten gar stärker vertreten. Darauf wird der Gemeinderat auch bei zukünftigen Wettbewerben achten.

Herr Löffel, im Moment ist noch offen, ob nach dem "2000 Watt-Areale"-Label gebaut wird. Diese Anforderung wird einem zukünftigen Investor nicht unter allen Umständen aufgebremst. Aber ich bin Fan dieser 2000 Watt-Areale. Es handelt sich nicht um ein starres Label, sondern um ein Label mit Spielraum. Es gibt ein Ziel vor, das aber auf verschiedene Arten erreicht werden kann. So kann zum Beispiel mehr in eine Gebäudehülle und dafür weniger in die Erreichung eines Verkehrsziels investiert werden oder umgekehrt. Das Label ist nicht starr, führt aber zu einem Ziel, das alle unterstützen, nämlich zu einem zukunftsgerichteten, energieoptimierten Quartier. Ich empfehle den Skeptikern, das Label einmal zu googeln und zu studieren. Es existiert erst seit zwei oder drei Jahren. Wenn ich mich nicht täusche, wurden bereits 11 Areale so zertifiziert. Zehn davon wurden von Privaten, das elfte von der Stadt Bern realisiert. Das Label würde sich eignen, um die Ziele der Energiestrategie des Bundes zu verwirklichen. Ich mache dem Stadtrat beliebt, den vom Gemeinderat geforderten Krediten heute im Wissen darum zuzustimmen, dass sie erst dann freigegeben werden, wenn der Gemeinderat über gesicherte Grundlagen für die Planung verfügt.

Steidle Silvia, directrice des finances: Le Conseil municipal pense que le prix indicatif de 700 fr. par m² de surface de plancher est réalisable à cet endroit. Cela correspond aussi à ce qui se fait dans ce secteur. Le bilan financier part de 660 francs par m² pour pouvoir payer les coûts de planification, pour la destruction de l'ancien stade de football, les sondages du sol, la réalisation de la place et le réaménagement des routes. Les critères d'attribution n'ont pas encore été définis. Ils seront ensuite également soumis à l'organisation faîtière des coopératives. Il est trop tôt aujourd'hui pour dire s'il y aura beaucoup d'investisseurs, mais le Conseil municipal sait qu'il y a des intéressés. Donc, il n'est pas encore possible de savoir si ces 700 francs par m² sont réalistes.

Löffel Christian, EVP: 2000 Watt-Gesellschaft und -Quartiere sind etwas sehr Gutes. Ich habe in den letzten paar Tagen sehr viel darüber gelesen. Es gibt Spielraum, das ist richtig. Aber wir dürfen den Markt nicht aus den Augen verlieren. Bei der Mantelnutzung der Tissot Arena wurden Fehler gemacht. Die Geschäfte in der Innenstadt sollten nicht konkurrenziert werden. Deshalb gab die Stadt für die Geschäfte in der Tissot Arena riesige Mindestflächen vor und wollte den Verkauf von Lebensmitteln verbieten. Das war ein Fehler. Solche Fehler dürfen sich nicht wiederholen. Bezüglich der Überbauungen, die dereinst in der Gurzelen gebaut werden, wird der Markt entscheiden und nicht die Baudirektorin. Die Vorgaben der 2000 Watt-Areale generieren massive Mehrkosten, welche irgendetwas tragen muss. Deshalb finde ich, dieses Label sollte - wenn irgend möglich - angestrebt werden. Es braucht aber einen gewissen Spielraum für den die Verhandlungen führenden Gemeinderat, aber auch für alle andern Beteiligten, seien sie nun gemeinnützig oder gewinnorientiert.

Bohnenblust Peter, FDP: Auf Seite 21 des Erläuterungsberichts steht bezüglich 2000 Watt-Gesellschaft, die Neubauten müssten die Einhaltung der Ziele des Labels "2000 Watt-Areale" oder analoger Ziele nachweisen können. Heute hat auch die Baudirektorin gesagt, diese Ziele sollten eingehalten werden. Wieso heisst es in der Änderung von Anhang 1 zum Baureglement der Stadt Biel *"Die Überbauung muss nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung konzipiert werden und die Ziele der "2000 Watt-Areale" oder analoge Zielsetzungen einhalten."*?

Ritter Jeremias, GLP: Heute Abend hat der Stadtrat zu 90% über die Inhalte der einzelnen Projekte diskutiert. Diese Aspekte sollten meines Erachtens in die Mitwirkung einfließen und nicht in die Diskussionen des Stadtrats. Das zeigt vielleicht, wie gross das Vertrauen des Stadtrats in solche Mitwirkungsverfahren ist. Der Stadtpräsident hat gesagt, es sei jetzt alles auf dem Tisch. Das ist aber nicht richtig. Der Stadtrat weiss zwar jetzt, was die Planer und der Gemeinderat wollen, aber er weiss noch nicht, was die Bevölkerung und die Interessengruppen wollen. Zudem wurde gesagt, die Planung könne sowieso nicht sofort angegangen werden und später müsse dann alles gleichzeitig gemacht werden. Deshalb verstehe ich nicht, warum nicht bis nach der Auswertung der Mitwirkung gewartet werden kann, um dem Stadtrat dann die aufgrund der Resultate der Mitwirkung angepassten Planungen und Projektanträge zu unterbreiten. Es ist ein falsches Signal, wenn der Stadtrat Kredite spricht, bevor das Mitwirkungsverfahren sauber zum Abschluss gebracht worden ist.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich stelle fest, dass die Fraktion GLP und Frau Tennenbaum an ihren Anträgen, den Beschluss um zwei Monate zu verschieben, festhalten.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Bohnenblust, Anhang 1 des Baureglements (SGR 721.1) verlangt eine Konzeption des Gurzelen-Areals nach den Grundsätzen einer nachhaltigen Entwicklung. Ich nehme an, dass sich alle darin einig sind, dass wir die Erde nicht von unseren Eltern geschenkt erhalten haben, sondern dass wir sie von unseren Kindern ausgeliehen haben. Entsprechend müssen wir damit umgehen. Mit welchen Instrumenten das geschieht, ist aber offen. Höhere Investitionskosten werden durch tiefere Energiekosten kompensiert. Ich hoffe, ich habe Ihre Frage zufriedenstellend beantwortet.

Bohnenblust Peter, FDP: In dem Fall ist der Gestaltungs- und Erschliessungsgrundsatz falsch formuliert.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat überarbeitet das fragliche Dokument ohnehin noch einmal. Der Stadtrat muss ihm heute nicht zustimmen. Es wurde nur zur Information beigelegt. Die Stadtplanerin sitzt auf der Tribüne. Wir nehmen Herrn Bohnenblusts Kritik als mündliche Mitwirkungseingabe zu den Akten.

Zu den Vorschlägen von Frau Tennenbaum und der Fraktion GLP: In zwei Monaten liegt die Auswertung der Mitwirkung noch nicht vor. Deshalb bitte ich Frau Tennenbaum, ihren Antrag zurückzuziehen. Der Gemeinderat wird über die Resultate der Mitwirkung informieren. Vorher wird er kein Geld ausgeben. Das Gleiche gilt materiell auch für die Fraktion GLP, mit deren Antrag ich ein formelles Problem habe. In Art. 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) steht: "*Wer Rückweisung eines Geschäfts verlangt, hat anzugeben, in welchem Sinne die Überarbeitung erfolgen soll.*" Die Fraktion GLP verlangt, dass allfällige aus der Mitwirkung gezogene Schlüsse vorerst dem Stadtrat unterbreitet werden sollen. Dies kommt einer Verschiebung des Geschäfts gleich. Deshalb mache ich auch der Fraktion GLP den Vorschlag, ihren Antrag zurückzuziehen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich ziehe meinen Antrag zurück unter der Voraussetzung, dass im Beschlussesentwurf der Vorbehalt bezüglich Mitbestimmung aufgenommen wird.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Dieser Antrag müsste noch besser ausformuliert werden...

Ritter Jeremias, GLP: Die Fraktion GLP zieht ihren Antrag nicht zurück. Sie verzichtet höchstens auf das Wort "*allfällig*".

Fehr Erich, Stadtpräsident: Damit der Antrag sauber wäre, müsste es heissen, der Bericht des Gemeinderates werde zurückgewiesen mit der Auflage, ihn zusammen mit den Ergebnissen der Mitwirkung wieder dem Stadtrat vorzulegen. Davon rate ich aber ab, weil das dazu führen würde, dass die Debatte noch einmal geführt werden muss. Das findet der Gemeinderat wirklich nicht sinnvoll. Nur durch die Streichung des Wortes "*allfällig*" wird aus dem Antrag der Fraktion GLP noch kein zulässiger Rückweisungsantrag.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Er könnte als Verschiebungsantrag interpretiert werden...

Briechle Dennis, GLP: Ich finde es peinlich, wie sehr sich der Gemeinderat hier hinter Formalismen versteckt. Das Anliegen ist doch völlig klar. Der Antrag kann auch Verschiebungsantrag genannt werden. Das ist meiner Fraktion egal. Es geht auch nicht darum, die Debatte noch einmal zu führen. Der Stadtrat wird die eigentliche Debatte führen, wenn ihm die Planungsgrundlagen vorgelegt werden. Der Antrag der Fraktion GLP bezieht sich auf die Punkte 3 bis 5 und bezweckt, dass die diesbezüglichen Kreditanträge dem Stadtrat erst vorgelegt werden, wenn die Mitwirkung abgeschlossen ist und deren Ergebnisse in die Planung eingeflossen sind.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion GLP, die Punkte 3-5 des Beschlussesentwurfs zurückzuweisen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich beantrage, die Punkte 3 bis 5 des Beschlussesentwurfs wie folgt zu ergänzen: "*[...] und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung [...]*".

Abstimmung

- über den obenstehenden Antrag von Frau Tennenbaum

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18. November 2015 mit dem Titel «Zurverfügungstellung von Land, Anpassung der Planungsgrundlagen und Realisierung der dazugehörigen öffentlichen Infrastrukturen» und betreffend (A) die Änderung der baurechtlichen Grundordnung im Bereich «Gurzelen», (B) die Zurverfügungstellung von Land, (C) den Rückbau des Stadions Gurzelen, (D) die Erweiterung der Schulanlage Champagne, (E) die Gestaltung des öffentlichen Raumes: Platz und Strassen, und (F) den Ersatz der Leichtathletik-Infrastrukturen, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung Biel vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), **beschliesst**:

1. Die Übertragung der noch zu vermessenden Teilflächen von ca. 1'600 m² ab dem Grundstück Nr. 8126 und ca. 18'930 m² ab dem Grundstück Nr. 3898 vom Verwaltungs- in das Finanzvermögen wird genehmigt.
2. Das Projekt Rückbau Fussballstadion und Garage Gurzelen wird genehmigt und dafür, unter Vorbehalt der Genehmigung des Budgets 2016, ein Verpflichtungskredit von CHF 1'160'000 (Konto Nr. 54000.0474) bewilligt.
3. Die Durchführung eines Wettbewerbes für den Erweiterungsbau der Schulanlage Champagne wird genehmigt und dafür, unter Vorbehalt der Genehmigung des Budgets 2016, ein Verpflichtungskredit von CHF 550'000 (Konto Nr. 5400.0206) bewilligt.
4. Ein Verpflichtungskredit von CHF 630'000 (Konto Nr. 56000.0317) wird unter Vorbehalt der Genehmigung des Budgets 2016 genehmigt für die Durchführung von Studien zur Gestaltung des Gurzelenplatzes und zur Umqualifizierung der Champagneallee.
5. Ein Verpflichtungskredit von CHF 400'000 (Konto Nr. 54000.0475) wird unter Vorbehalt der Genehmigung des Budgets 2016 genehmigt für die Durchführung von Studien zur Realisierung eines Pavillons mit Schul-Aula, eines Cafés, eines Kiosks und öffentlicher Toiletten auf dem neuen Gurzelenplatz.
6. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
7. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieser Beschlüsse beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige und zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Er kann diese Kompetenz an die zuständige Direktion delegieren.

9. 20150334 Bermenstrasse (Blumenrain-Beundenweg) / Kanalisations-erneuerung

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Le Conseil municipal demande un crédit d'engagement pour renouveler les canalisations à la Rue de la Berme entre le Crêt-des-Fleurs et le Chemin des Oeuches. Le tronçon de la canalisation existante a une capacité insuffisante. Cette portion de canalisation doit être remplacée par une conduite plus grande. Le crédit d'engagement demandé est de 1'360'000 fr. à la charge du compte spécial "eaux usées". Ce projet permettra d'augmenter la capacité du tronçon concerné et ainsi éliminer le risque de refoulement lors de fortes pluies. Une canalisation de décharge a été mise en place de manière provisoire mais ne peut pas être maintenue à long terme. La capacité d'écoulement sera ainsi augmentée d'une fois et demie à trois fois. Les travaux se feront de manière classique par fouilles et ne seront pas combinés avec d'autres travaux. Une demande aux différents services industriels a été faite, mais aucun travail dans cette zone n'est prévu actuellement. Un tronçon de canalisation, qui se trouve aujourd'hui sur le terrain des CFF, sera déplacé sur le terrain de la commune. Une demande d'autorisation de déplacement de ce tronçon a été envoyée aux CFF. Elle est actuellement en consultation. La Commission de gestion aimerait savoir s'il y a déjà une réponse des CFF. Ces travaux sont nécessaires pour mettre en œuvre le plan général d'évacuation des eaux (PGEE) de la Ville de Bienne et le financement est assuré par le compte spécial "eaux usées" (financé par les émoluments). Il figure d'ailleurs aussi à la planification des investissements. La Commission de gestion note que les travaux doivent débiter en mars 2016. Elle se demande s'il y a une urgence particulière, comme il semblerait être indiqué par la proximité de cette date avec celle de ce soir. Malgré ces deux petites questions, la Commission de gestion recommande d'adopter ce crédit d'engagement.

Löffel Christian, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Wenn die Schmutzwasserleitungen zu klein sind, müssen sie erneuert werden. Schmutzwasser, das in die Küche zurückstaut, ist widerlich. Ich habe das einmal erlebt. Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU hat noch folgende Fragen: Für das Jahr 2019 ist für die Kanalisationserneuerung Bermenstrasse noch ein Finanzbedarf von CHF 300'000.- vorgesehen. Warum dauert dies so lange? Ist die Bermenstrasse während der ganzen Zeit nur einseitig befahrbar? Wie wirkt sich das Projekt auf die FussgängerInnen aus? Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU stimmt dem Geschäft zu.

Haueter Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Auch die Fraktion SVP/Die Eidgenossen stimmt dem Projekt zu. Die Bauarbeiten sollen von März 2016 bis Anfang 2017 dauern. Das erscheint angesichts der betroffenen Strassenlänge von 358 m ziemlich lang. Wie lange dauern die Behinderungen auf dieser Strecke für den motorisierten Individualverkehr?

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Danke für die Zustimmung zum Geschäft. Zu den Fragen der GPK: Die SBB haben auf das Bewilligungsgesuch der Stadt für die Verschiebung des Teilstücks, das auf ihrer Parzelle liegt, noch nicht geantwortet. Und bezüglich der Frage nach der Dringlichkeit kann ich auf die von Herrn Löffel geschilderte Erfahrung hinweisen: Je schneller ein solcher Missstand behoben wird, desto besser.

Zu den Fragen von Herrn Löffel: Die Baustelle dauert bis 2019. Eigentlich gebaut wird aber ab März 2016 während etwa 10 Monaten. Nachher muss sich das Terrain setzen. Nach zwei Jahren soll dann der abschliessende Deckbelag eingebaut werden.

Zur Frage von Herrn Haueter betreffend Sperrung der Strasse: Es wird jeweils in Strassenabschnitten von 50 m gebaut. Auf diesen Abschnitten wird der Verkehr mittels temporärer Absperrung und Lichtsignalanlage geregelt. Die Strasse wird also nie ganz gesperrt. Entlang der Bermenstrasse gibt es auf der Seite der Gleise ein Trottoir, welches für die FussgängerInnen immer nutzbar sein wird. Im nördlichen Teil der Bermenstrasse, auf der Seite der Häuser, gibt es viele Garagen. Die Zufahrten zu den Garagen und der Zugang für die FussgängerInnen wird jederzeit möglich sein, was individuelle Lösungen erfordert.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 25. November 2015 betreffend "Bermenstrasse (Blumenrain - Beundenweg) – Kanalisationserneuerung / Verpflichtungskredit", gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Ein Verpflichtungskredit von CHF 1'360'000 für den Kanalisationsersatz in der Bermenstrasse (Blumenrain - Beundenweg) zu Lasten der Sonderrechnung Abwasser wird bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt. Er kann notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

10. Neueingänge / *Nouvelles interventions*

20160030	Motion Alfred Steinmann, Fraktion SP	SRB
	Abschaffung der Vereidigung von Stadtratsmitgliedern Supprimer l'assermentation des membres du Conseil de ville	
20160031	Überparteiliche Interpellation Sandra Gurtner-Oesch, GLP und Cécile Wendling, FDP	BEU
	Tempo-30-Zone für Vingelz Zone 30 km/h à Vigneules	DSS PRA
20160032	Interpellation Jeremias Ritter, GLP	FID
	Was unternimmt die Stadt gegen einen allfälligen Missbrauch des Wochenaufenthalterstatus? Qu'entreprend la Ville pour lutter contre les abus éventuels du statut de résident à la semaine ?	DSS PRA

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:25 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Hadorn Werner

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula

Protokoll:

Meister Katrin

Stähli Lilian

Procès-verbal:

Bonjour Simone

Kirchhof Claire-Lise